Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 284 · 24. JAHRGANG · AUSGABE 9/2018 VOM 18. SEPTEMBER 2018 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 **Fahrradzählung in der Heegermühler Straße**
Akzeptanz der Radstreifen rückläufig

7-9 **»Eberswalde für den Frieden«**
Zum Weltfriedenstag

14 **Schweyk gegen Mißbrauch seines Schlachtrufs**
»Auf nach Kabul!«

HOKUSPOKUS im Familiengarten

Schaut man sich die Vorschläge für das Bürgerbudget im letzten Amtsblatt an, so gibt es da wenig Interessantes: massenweise Vereine, haufenweise Gehweg- und Sitzbankgeschichten, daß man gähnen könnte und bei der Hälfte war noch gar nicht klar, ob sie zugelassen werden. Insgesamt eine recht dürftige Resonanz bei den Eberswalder Bürgern. Der Vorschlag mit dem meisten *»Sprengstoff«* ist die kostenlose Fahrkarte für Ehrenamtliche. Das wäre bedingungslos zu unterstützen!

Doch in der praktischen Umsetzung ergeben sich bestimmt Komplikationen. Wie kann man verhindern, daß Bagatelltätigkeiten anerkannt werden? Wer entscheidet darüber? Anerkannte Ehrenamtler bekommen meist eine Aufwandsentschädigung. Damit sind eigentlich Fahrtkosten abgegolten. Was sagen die Verkehrsbetriebe dazu und der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg, der für die Tarife zuständig ist? Wie kann man das niederschwellig und ohne viel Aufwand umsetzen? Wie läßt sich Mißbrauch verhindern?

Fragen über Fragen, die aus einer relativ einfachen Forderung eine verzwickte Angelegenheit werden läßt. Dieses Problem sollte am besten die Landesregierung in Potsdam lösen. Damit ist die Stadt Eberswalde überfordert. Dann lieber öffentliche Wasserspender für Menschen und Hunde. Und viele Blumen ...

Wer die meisten Stimmtaler am 22. September bekommt, darauf darf man (mit Recht) nicht mehr gespannt sein. Meistens gewinnen doch nur größere Vereine, die genügend Unterstützer mobilisieren können. Damit siegen Partikular-Interessen über gesamtstädtische Interessen. Die Vereine mißbrauchen das Bürgerbudget zur Schonung der eigenen Haushaltskasse. Wird an dieser Regelung nicht bald etwas geändert, werden die Eberswalder das Interesse an der Veranstaltung endgültig verlieren.

Den ganzen Hokuspokus tragen dann die Vereine unter sich aus. Nur: *»Bürgerbudget«* dürfte man das Ganze dann nicht mehr nennen.

JÜRGEN GRAMZOW

Alternative Liste Eberswalde & Die PARTEI:

Aktion *gegen Wohnungsabriß und Mietsteigerung*

Eberswalde (bbp). Mit einer gemeinsamen Aktion am Rande des Stadtteilfestest im Brandenburgischen Viertel *»Fête de la Viertel«* am 8. September machten die ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE (ALE) und die Ortsgruppe der Partei Die PARTEI auf ein Problem aufmerksam, das seit einiger Zeit auch Eberswalde erreicht hat. Mietpreissteigerungen und Mangel an bezahlbaren Wohnungen schienen lange Zeit ein Problem der großen Metropolen zu sein. In Eberswalde herrschte seit Mitte der 1990er Jahre ein Mieter-Markt. Die Menschen verließen die Stadt und Wohnungsleerstand wurde zunehmend ein Problem, das durch staatlich geförderten Wohnungsabriß gelöst werden sollte. Dabei hatte die Privatisierungspolitik der städtischen WHG Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft im Zusammenhang mit der sogenannten Altschuldenhilfe dazu geführt, daß der Abriß in einer städtebaulich katastrophalen Art und Weise erfolgte. Während die Fördermittel für den Abriß sprudelten, blieb das Fördergeld für Sanierungen eher knapp bzw. wurde in Bereiche des sogenannten *»hochwertigen«* Wohnungsbaus umgeleitet (Michaelisgärten). Inzwischen steigen vor allem die Mietpreise auch in Eberswalde rasant an. Dennoch hält es die Wohnungsgenossenschaft für betriebswirtschaftlich erforderlich, weitere Wohnungen abzureißen.

(Seiten 2, 4 und 5)

Überlegungen zur WHG

1. Die Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH Eberswalde (WHG) befindet sich zu 100 % im Eigentums der Stadt Eberswalde, die durch den Bürgermeister in der Gesellschaft vertreten wird. Die Stadtverordnetenversammlung kann dem Gesellschaftervertreter lt. Kommunalverfassung Richtlinien und Weisungen erteilen. Dazu sind im Gesellschaftsvertrag entsprechende Festlegungen zu treffen.

2. Der kommunale Charakter der WHG sollte gestärkt werden, um Transparenz und Mitbestimmung zu erhöhen. Die Verschwiegenheitspflicht der Aufsichtsratsmitglieder ist auf das absolut notwendige Niveau zu beschränken. Dazu sind entsprechende Festlegungen im Gesellschaftsvertrag zu treffen. (§ 52 des GmbHGesetzes läßt es zu, die Geheimhaltungspflicht der AR-Mitglieder zu beschränken).

3. Der Gesellschaftsvertrag gestattet der WHG, Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitzustellen. Dies darf aber nicht dazu führen, daß solche Investitionen mit gesamtstädtischer Bedeutung von den Mietern der WHG bezahlt werden. Solche Investitionen sollten nur mit besonderer Ermächtigung (z.B. Beschluß der Stadtverordnetenversammlung) gestattet werden. Es ist zu sichern, daß die Wahrnehmung solcher Aufgaben nur bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit der Einzelmaßnahme erfolgt. Die Maßnahmen dürfen keine negativen Auswirkungen auf die Erfüllung des Hauptzweckes der WHG (Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung der Stadt Eberswalde mit Wohnraum zu sozial vertretbaren Mieten) haben.

4. Zur Sicherung der Interessen der Mieter ist durch die WHG in Wahrnehmung einer treuhänderischen Pflicht für die Mieter zu gewährleisten, daß Investitionen zum Vorteil der Mieter durchgeführt werden und Verträge mit Versorgern minimale Betriebskosten bewirken.

5. Die im Gesellschaftsvertrag enthaltene Wohnungsgemeinnützigkeit erfordert eine weitere Untersetzung durch Grundsätze der Wohnungsgemeinnützigkeit, wie beispielsweise:

- *Verzicht auf Gewinnorientierung,*
- *Vermietung der zu errichtenden Wohnungen an sozial benachteiligte Haushalte zu Mieten unterhalb des Marktniveaus und*
- *Zweckbindung der Mittel für die Bewirtschaftung und den Bau neuer Wohnungen.*

6. Zur Erhöhung des Einflusses der StVV auf die Geschäftstätigkeit der WHG sollte der Bürgermeister nicht zugleich Aufsichtsratsvorsitzender sein.

7. Der Gesellschaftsvertrag sollte konkrete Bestimmungen enthalten, in welchen Fällen der Bürgermeister als Gesellschaftervertreter die StVV zu informieren bzw. deren Zustimmung einzuholen hat.

8. Der Gesellschaftsvertrag der WHG ist öffentlich zu machen.

BÜNDNIS FÜR EIN DEMOKRATISCHES EBERSWALDE

Radwege in Eberswalde:

Bürgerbegehren eingereicht

Eberswalde (bbp). Mit der Übergabe von 626 Listen mit 4.336 Unterschriften beim Wahlleiter der Stadt Eberswalde Robby Segebarth wurde am 14. September die erste Phase des Bürgerbegehrens *»Zur Wiederherstellung der bis Herbst 2016 geltenden Verkehrsführung in der Heegermühler Straße«* abgeschlossen. Die Unterschriftensammlung hatte am 16. September 2017 begonnen.

Nun folgt die Prüfung der Unterschriften auf ihre Gültigkeit. Insbesondere Doppelunterschriften und Eintragungen von Nicht-Eberswaldern werden dabei aussortiert. Das Quorum liegt bei zehn Prozent der am Einreichungstag 34.173 Wahlberechtigten.

Die anderen formalen Voraussetzungen werden seit der jüngsten Änderung der Kommunalverfassung durch die untere Kommunalaufsicht des Landkreises geprüft. Dazu gehört beispielsweise, das Anliegen in die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung bzw. des Hauptausschusses fallen.

Die Einreicher von Bürgerbegehren haben laut Kommunalverfassung die Möglichkeit, bei Ablehnung unmittelbar, also ohne ein langfristiges Widerspruchsverfahren, die Verwaltungsgerichte anzurufen. *»Ist das Bürgerbegehren zulässig«*, so die Kommunalverfassung in § 15, *»ist die Angelegenheit den Bürgern zur Entscheidung vorzulegen (Bürgerentscheid)«*. Ein Bürgerentscheid wird überflüssig, wenn die Stadtverordneten dem Anliegen des Begehrens von sich aus entsprechen.

Foto: MANFRED PFAFF

»Schleusenbetrieb am Finowkanal sichern«

Das Land Brandenburg sollte in die Pflicht genommen werden

Potsdam (bbp). Nach Abbruch der Verhandlungen zwischen Anrainerkommunen und Bund besteht die Gefahr der Einstellung des Schleusenbetriebs samt der durchgängigen Nutzung mit motorgetriebenen Booten. Daher hat der Landtagsabgeordneter PÉTER VIDA (BVB/Freie Wähler) beantragt, daß das Land zu einer neuen Gesprächsrunde lädt und hierbei eine anteilige Übernahme der Kosten in Aussicht stellt. Das Land habe ein erhebliches Interesse, den Wassertourismus auszubauen und die Schiffbarkeit der Wasserstraßen zu sichern.

Wegen des finanziellen Risikos für die in der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Region Finowkanal organisierten Gemeinden (Bad Freienwalde, Oderberg, Liepe, Niederfinow, Eberswalde, Schorfheide, Wandlitz, Liebenwalde) konnte eine Übernahme der Schleusen vom Bund an die Kommunen nicht erfolgen. Angesichts dessen, daß sich der Bund mit 50 Prozent an den Kosten beteiligen will und auch der Landkreis Barnim bereits erhebliche Investitionsmittel in Aussicht gestellt hat, sollte auch das Land in die Pflicht genommen werden.

Der Antrag sieht vor, daß das Land für die älteste Wasserstraße Deutschlands Förderprogramme auflegt, die eine weitgehende Übernahme des kommunalen Eigenanteils ermöglichen. Zugleich ist eine nachhaltige Deckelung des finanziellen Risikos für die Anrainergemeinden für mindestens 25 Jahre vorgesehen. Ebenso soll ein Gutachten erstellt werden, das die Auswirkungen einer möglichen Einstellung des Schleusenbetriebs prüft.

»Die historische und wassertouristische Bedeutung des Finowkanals«, so Péter Vida, *»ist so prägend für die Region, daß es eines Miteinanders zwischen Bund, Land und Kommunen bedarf«*.

Geld für Schleusenwärter

Eberswalde (bbp). Auf Vorschlag der CDU-Fraktion im Kreistag Barnim soll der KAG Region Finowkanal zur Sicherstellung des Betriebs der Schleusen am Finowkanal eine Zuwendung in Höhe von 130.000 Euro als Personalkostenzuschuß für die eingesetzten Schleusenwärter gewährt werden. Finanziert werden soll diese Zuwendung aus den im Kreistagsbeschluss A1-18/17 beschlossenen Zuwendungen für den Schleusenbetrieb in Höhe von 300.000 Euro an einen zu gründenden Zweckverband finanziert. Der Kreistag verwies die Vorlage auf seiner Sitzung am 12. September

in den Ausschuß für Territorialplanung, Bauen und Wohnen, Gewerbe und Wirtschaft (A4) zur weiteren Diskussion.

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!
eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Telefon: 0 33 34 / 35 65 42
internet: www.barnimer-buergerpost.de

Verkehrsführung in der Heegermühler Straße:

Die Radstreifen sind weg!?

Eberswalde (bbp). Kurz vor Abschluß der Unterschriftensammlungen für das *»Bürgerbegehren zur Wiederherstellung der bis Herbst 2016 geltenden Verkehrsführung in der Heegermühler Straße«* hat die Straßenmeisterei Eberswalde des Landesbetriebs Straßenwesen Brandenburg neue Tatsachen geschaffen. Zur Reparatur von Straßenschäden, die nicht zuletzt infolge des Wegfräsens der ursprünglichen Fahrbahnmarkierungen entstanden waren, hatte die Straßenmeisterei Bitumen und Splitt aufgebracht. Die Striche für die Radstreifen wurden dadurch zum Teil überdeckt.

Eine offizielle Entscheidung fiel damit freilich noch nicht. Seitens der Bürgerinitiative *»Radwege in Eberswalde«* hatte Guido Penz bei der Eberswalder Baudezernentin Anne Fellner wegen der *»unangekündigten Besplittung und der fehlenden Geschwindigkeitsbegrenzung«* nachgefragt. Dadurch sei der Schutzstreifen für Radfahrer zurzeit nicht mehr befahrbar. *»Wird hier im Anschluß«*, fragte Penz, *»neue Farbe für den Schutzstreifen und der anderen Straßenmarkierungen aufgetragen oder gibt es von Ihrer Seite neue Überlegungen die Heegermühler Straße für Radfahrer und dem Fahrzeugverkehr sicherer zu gestalten? Gut für Eberswalde wäre die Zweispurigkeit vom Bahnhof bis zum Abzweig Brandenburgisches Viertel.«*

Baudezernentin Fellner beauftragte die Tiefbauamtsleiterin Heike Köhler mit der Beantwortung. Diese leitete die Frage an den Landesbetrieb Straßenwesen weiter und bereits einen Tag später lag die Antwort von Marco Knoll von der Straßenmeisterei Eberswalde vor. Zum Radstreifen erklärte er, daß eine neue Fahrbahnmarkierung nicht ausgeschrieben war und im Bauvertrag der Straßenmeisterei nicht enthalten sei und *»somit nicht ausgeführt«* werde. *»Eine sichere Gestaltung obliegt hier der zuständigen SVB«*, also der unteren Straßenverkehrsbehörde, die in der Stadtverwaltung Eberswalde im Baudezernat angesiedelt ist. Marco Kroll betont ausdrücklich: Die *»Zweistreifigkeit wollte die zuständige SVB nicht mehr erhalten…«*.

Das Bürgerbegehren geht allerdings über das Problem der *»Zweistreifigkeit«* hinaus. Im Text heißt es: *Die Unterzeichnenden beantragen gemäß Paragraph 15 der Brandenburgischen Kommunalverfassung einen Bürgerentscheid zu nachfolgender Frage: Sind Sie für die Rückabwicklung der im Herbst 2016 realisierten Maßnahme B07 des Radnutzungskonzepts der Stadt Eberswalde von 2015 »Markierung Radfahrstreifen in beide Richtungen in Kombination mit überbreiten Fahrstreifen« in der Heegermühler Straße zwischen Schöpfurter und Boldtstraße und für die Wiederherstellung des vorherigen Zustandes mit zwei Fahrspuren je Richtung einschließlich Freigabe der Gehwege für die Radnutzung?*

In der Begründung des Begehrens wird festgestellt, daß sich die im Radnutzungskonzept als *»Radschnellverbindung«* bezeichneten Markierungen *»in der Praxis nicht bewährt«* haben. Die Radschutzstreifen werden von Fahrradfahrern kaum genutzt, nach wie vor fahren viele auf den Gehwegen. Zugleich erhöhte sich für den übrigen Verkehr infolge der Reduzierung der Fahrspuren die Unfallgefahr.

Die Umsetzung der Maßnahme widerspreche zudem den Vorgaben des Verkehrsentwicklungskonzepts von 2008, das als Voraussetzung vorsah, daß eine Ortsumgehung den Verkehr in der Heegermühler Straße spürbar entlastet.

Nicht zuletzt werden auch grundlegende Mängel des Radnutzungskonzeptes von 2015 angesprochen und eine Novellierung vorgeschlagen. Insbesondere sei das Leitbild zu überarbeiten. *»Statt der Priorität durchgehender Radschnellverbindungen entlang der Bundes- und Landesstraßen, sollen künftig intelligente Radwegverbindungen zwischen den einzelnen Stadtteilen im Vordergrund stehen. Für diese Radwegverbindungen abseits der Autostraßen sollten bestehende Wege zwischen den Stadtteilen und verkehrsberuhigte Straßen in den Wohngebieten genutzt werden.«* Außerdem mahnen die Einreicher an, künftig ausreichende Haushaltsmittel für den Neubau und die Instandhaltung des Radwegenetzes in Eberswalde zur Verfügung zu stellen.

Fahrradzählung *in der Heegermühler Straße*

Der Beitrag *»Radschutzstreifen in der Heegermühler Straße: Gut angenommen?«* (BBP 8/2018) irritierte zumindest einen Leser, der übersehen hatte, daß sich die zitierte Aussage des städtischen Klimaschutzbeauftragten Jacob Renner, wonach *»schon damals* (also im September 2017 – G.M.) *73 % der Radfahrenden«* den Radstreifen nutzten, natürlich nicht auf die damalige zweiwöchige automatische Zählung beziehen konnte, weil diese den Radverkehr auf den Gehwegen nicht mit erfaßt hatte. Demnach konnten natürlich auch keine Anteile errechnet werden. Dies erschien logisch und nachvollziehbar, so daß ein expliziter Verweis unterblieb. Das war ein Mangel, der – wenn auch unbegründet – heftige Reaktionen hervorrief. In diesem Zusammenhang muß vielleicht auch einmal darauf hingewiesen werden, daß namentlich gekennzeichnete Beiträge – auch die von mir – selbstverständlich keine redaktionellen Artikel sind, sondern die Meinung des Autors wiederspiegeln. Kritik an Texte von mir sollte dementsprechend auch an mich gerichtet sein und nicht der Diffamierung der *»Barnimer Bürgerpost«* dienen.

	08.08.17	10.08.17	07.09.17	29.08.18	*Summe*
Nord (Radstreifen)	10	6	5	5	*26*
Nord (Fußweg)	6	1	5	4	*16*
davon falsch	1	0,5	2	1	*4,5*
falsch in %	17%	50%	40%	25%	*28%*
Nord (gesamt)	16	7	10	9	*42*
Anteil Radstreifen	63%	86%	50%	56%	*62%*
Süd (Radstreifen)	5	7	10	11	*33*
Süd (Fußweg)	16	5	4	33	*58*
davon falsch	9	4,3	3	15	*31,3*
falsch in %	56%	86%	75%	45%	*54%*
Süd (gesamt)	21	12	14	44	*91*
Anteil Radstreifen	24%	58%	71%	25%	*36%*
Radstreifen	15	13	15	16	*59*
Fußweg	22	6	9	37	*74*
davon falsch	10	4,8	5	16	*35,8*
falsch in %	45%	80%	56%	43%	*48%*
Gesamt	37	19	24	53	*133*
Anteil Radstreifen	41%	68%	63%	30%	*44%*

Die Bürgerinitiative *»Radwege in Eberswalde«* hat inzwischen eine neue Zählung des Fahrradverkehrs in der Heegermühler Straße vorgelegt. Es wurde erneut eine Stunde lang an der Kreuzung Triftstraße gezählt und zwar am Mittwoch, den 29. August, von 10.15 Uhr bis 11.15 Uhr. In der nebenstehenden Tabelle sind außerdem die drei Zählungen der BI vom vorigen Jahr noch einmal wiedergegeben. Diese dauerten ebenfalls je eine Stunde bzw. wurden (die Zählung vom 10.8.) auf eine Stunde heruntergerechnet.

Das diesjährige Ergebnis liegt deutlich unter dem vorjährigen Durchschnitt. Selbstverständlich kann die einstündige Zählung keinesfalls als repräsentativ gelten. Das Ergebnis widerspricht jedoch sehr deutlich der Aussage im Juli-Amtsblatt, wonach der Schutzstreifen *»mittlerweile sehr gut angenommen«* sei. Übrigens lieferte dafür auch das Stadtentwicklungsamt trotz intensiver Nachfragen keine neuen Belege für diese Behauptung.

GERD MARKMANN

Am Tag der Offenen Tür für die neuen Wohnungsangebote der stadteigenen WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH in der Werbelliner Straße war der Andrang groß. Eine beachtliche Anzahl von rüstigen Senioren und -innen begutachte eingehend die beiden Musterwohnungen in der Hausnummer 21. Zusammen mit der Nr. 19 und 17 werden diese Wohnungen Ende des Jahres vermietet sein. Die Bauarbeiten in der Nr. 15 und 13 sind Anfang 2019 abgeschlossen. Bei 40 qm und 440 EUR Warmmiete richtet sich das Angebot an Singles aller Lebenslagen, aber zur Not könnte auch eine junge Mutter mit Kind gut in so einer Wohnung leben. Die Bausubstanz in der Werbelliner stammt aus den 1930er Jahren und machte laut ausführendem Techniker keinerlei Probleme. Eine Dame beklagte den mangelnden Platz für ihre Möbel, aber bei 40 qm darf der Haushalt nicht zu groß sein. Eine Chance, sich zu verkleinern. Eine junge Frau zeigte auch Interesse – sie wußte nur noch nicht, ob es mit der Arbeitsstelle klappt.

Zusammen mit dem voraussichtlich Anfang 2020 fertiggestellten Bebelquartier investiert die WHG zur Zeit 7,4 Mio Euro in sanierte Wohnungen der Altbausubstanz, die dem Markt wieder zur Verfügung stehen. Dabei richten sich die Angebote durchaus an Eberswalder und Senioren aus dem Umland, die altersgerechte Wohnungen suchen.

Mit 8,50 Euro pro qm Nettokaltmiete bewegen sich die neuen Wohnungen in der Werbelliner Straße im höheren Bereich für diesen Wohnungstyp. Preistreibend kommt in diesem Fall das Baujahr und die relativ geringe Quadratmeterzahl hinzu. Für Hartz-4-Bezieher wird so eine Wohnung mit 340 Euro Kaltmiete zu teuer sein, denn das Amt bezahlt nur 196 Euro für eine Person. Bei den Wohnungen der gleichen Straße, die die WHG im Jahr 2013 ebenfalls sanierte, lag die Nettokaltmiete noch bei 6,50 Euro je qm. Das bedeutet innerhalb von 5 Jahren eine Verteuerung von 30 Prozent bei Neuvermietungen. Wenn die Leute bereit sind, über 8 Euro je qm zu zahlen, dann wird auch investiert. Das gilt in der Wohnungswirtschaft wie in allen Branchen. Wenn der Kunde zahlt, läuft das Geschäft.

Für Bestandsmieter wird es keine unbegründeten Mieterhöhungen geben, erklärte Doreen Boden von der WHG. Voraussetzung sei immer eine Investition, die eine Anhebung rechtfertigt. So erfolgen zur Zeit in der Max-Planck-Straße umfangreiche Strangsanierungen, die sicher auch mit der einen oder anderen Mieterhöhung einhergehen – Stichwort: gefliestes Bad. Das hält aber Vermieter nicht davon ab, bei Neuvermietungen höhere *»Marktpreise«* zu verlangen, welche mit Sicherheit über denen der Bestandsmieter liegen und meist auch über den Preisen des aktuell geltenden Miet(erhöhungs)spiegels. Als Mieter, gerade wenn man nicht so reichlich Einkommen hat, sollte man sich daher einen Wohnungswechsel in heutiger Zeit gut überlegen.

Ein Stück vom großen Kuchen

von Jürgen Gramzow

Während die WHG fleißig ihren Bestand der bisher unvermietbaren Wohnungen hochwertig saniert, denkt die Wohnungsgenossenschaft an den Abriß seiner *»Problemkinder«* im Brandenburgischen Viertel. Unterschiedlicher kann man der sich abzeichnenden Wohnungsnot im Berliner Raum nicht begegnen.

Die zukünftigen Mieter der August-Bebel-Straße 5-9a werden barierrefreie Wohnungen bekommen, mit Aufzug und Laubengang. Probleme könnte noch der entdeckte Hausschwamm bereiten; außerdem können die Parterrewohnungen noch nicht vermietet werden, weil die Häuser regelmäßig bei starken Niederschlägen *»mit den Füßen im Wasser stehen«*. Hochwertige Immobilienlagen sehen jedenfalls anders aus, deswegen sind die angestrebten 10 Euro je qm durchaus ambitioniert.

Private Investoren machen zur Zeit auch Nägel mit Köpfen: So sind 37 Wohnungen im Schatten der Rathauspassage in Kürze bezugsfertig, und auch die beiden Hochhäuser in Westend wachsen mit jedem Tag Stück für Stück. Investor Guido Ney aus Finowfurt hofft, den Rohbau bis Jahresende fertig zu bekommen, um im Winterhalbjahr den Innenausbau stemmen zu können. Die ersten der insgesamt 70 Mieter ziehen dann voraussichtlich im Sommer 2019 ein. Preise sind noch nicht bekannt, aber das Angebot soll sich in erster Linie an Berlin-Pendler richten, die die Bahnhofsnähe zu schätzen wissen. Mit welchen Preisen Berliner Wohnungssuchende zu kämpfen haben, erhellt sich durch die Grafik auf der gegenüberliegenden Seite.

Der Berliner Wohnungsmarkt beginnt bei 5,50 Euro je Quadratmeter in Marzahn (also durchaus vergleichbar mit dem Brandenburgischen Viertel) und geht in die Breite um die 11 Euro je qm, um bei Spitzenlagen die 20 Euro zu durchbrechen. Die goldene Regel lautet: Je schöner das Foto, desto teurer das Angebot. Bestimmte Anbieter sind besonders teuer: in Berlin z.B. *»Akelius«* und in Eberswalde *»Chorona«*. In den meisten Berliner Lagen wird sich ab 12 Euro je qm abwärts nicht mehr groß die Mühe gegeben, ein ordentliches Foto ins Online-Angebot zu setzen. Und bei Angeboten von unter 8 Euro kann die Lage und das Umfeld nicht gerade erbaulich sein. Soviel zu Berlin.

Kommen wir zur Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow, ehemals Arbeiterwohngenossenschaft, zukünftig ohne *»Bau«* und ohne *»Finow«*, dafür mit einer Jahreszahl des 19. Jahrhunderts. Der scheidende Geschäftsführer der WBG, Manfred Gerbert, erklärte 2015, mit dem Abriß von Wohnblöcken sei es nun vorbei. Kurz zuvor wurde noch die Lübbenauer Straße (mit 90 Wohnungen) dem Erdboden gleichgemacht, und zwei Jahre vorher verschwand ein Block der Kyritzer Straße aus dem Stadtbild. Doch nun sei man auf einem guten Weg und werde dem Leerstand mit anderen Mitteln begegnen, so Gerbert.

Doch mit den neuen Geschäftsführern Klich und Niehaus weht ein anderer Wind. Nun ist beabsichtigt, einen Block in der Cottbuser Straße und sogar zwei Blöcke in der Brandenburger Allee abzureißen. Beim Städtebautag mit ministeriellem Besuch erklärte Volker Klich vor einem Jahr noch, man habe vor, die Blöcke in der Cottbuser Straße zu sanieren. Woher der Sinneswandel? Am Geld kann es nicht liegen. Kredite werden großzügig gewährt. Und am Markt kann es auch nicht liegen. Die WBG legte selber Zahlen vor, daß die Zahl der Neuvermietungen in wenigen Monaten um 50 die der Abgänge überstieg. Bei einem Leerstand von 500 Wohnungen wäre bei diesem Verlauf in 5 Jahren alles komplett vermietet.

Und was dann? Gibt es dann auch Wohnungsnot in Eberswalde? Wenn preiswerte Wohnungen in Größenordnungen vom Markt genommen werden, kann das nur eins bedeuten: Die massiven Preissteigerungen bei Neuvermietungen (siehe oben) sollen noch weiter angekurbelt werden, damit die Sahnestückchen der Immobilien immer fetter werden, und parallel damit die Gehälter der Geschäftsführer. Warum können die betreffenden Blöcke nicht so hergerichtet werden wie der bunte Block in der Spreewaldstraße? Das würde deutlich preiswerter sein als die Sanierung des Bebelquartiers. Und eine Überschwemmung ist im Brandenburgischen Viertel auch nicht zu befürchten. Es sei denn, es gibt keine Handwerker mehr auf dem Markt, die noch keine Mondpreise verlangen. Die eigenen hat die WBG ja alle zu Hausmeistern umgeschult und läßt nun alle Arbeiten von Fremdfirmen ausführen.

Die Genossenschaft sollte nicht nur kurzfristig agieren, sondern auch langfristig denken. Wem nützt es, wenn kurzfristig der Leerstand zurückgeht, langfristig das Viertel aber weiter verschandelt wird? Die Blöcke der TAG und der WHG werden dann wie Zahnstummel in der Landschaft stehen, und ein dann neuer Geschäftsführer der Genossenschaft würde erklären, die alte Geschäftsleitung hätte unverzeihliche strategische Fehler begangen und gemeinschaftliche Werte vernichtet. Von der Einhaltung der Satzung ganz zu schweigen. Wenn für einen symbolischen Akt wie eine Namensänderung alle Vertretet abstimmen müssen, so müßte das erst recht bei einer so massiven Wertevernichtung gelten wie ihn die Geschäftsführung vor hat. Aber von solch einer Befragung ist bisher nichts bekannt.

Quellen:
Märkische Oderzeitung vom 6.3., 11.5., 14.7., 18.7., 29.7., 28.8. und 4.9.2018

Bündnis für ein demokratisches Eberswalde:

Eine weitere Alibi-Veranstaltung

Offener Brief anläßlich des Informationsabends der WHG am 18.September

Die WHG Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH Eberswalde führt am 18. September im Familiengarten eine öffentliche Informationsveranstaltung durch. Informiert werden soll über die Ergebnisse einer *»Mieterbefragung 2017«* und über das am 29.05.2018 vom Aufsichtsrat beschlossene Konzept *»Wohnen und Mieten bei der WHG«* (BBP 7/2018). Welchen Beitrag werden die vorzustellenden Dokumente leisten, um in Eberswalde den Mietanstieg zu bremsen und sozialverträgliche Mieten zu gewährleisten?

Nachdem im Mai 2015 drei Fraktionen Grundsatzfragen des Gesellschaftsvertrages aufgeworfen hatten und diese erst am 26. Oktober 2016 zum Gegenstand einer *»Privatveranstaltung«* gemacht wurden (BBP 11/2016), erklärte der Bürgermeister in der Stadtverordnetenversammlung am 24.11.2016, daß kein Handlungsbedarf bestünde und die Formulierungen des Gesellschaftsvertrages sehr gut seien. Eine Diskussion in der StVV gab es nicht.

Dem folgten zu Beginn des Jahres 2017 massive Mieterhöhungen, die im Widerspruch zum Gesellschaftsvertrag der WHG standen, wonach die WHG *»breite Schichten der Bevölkerung«* mit Wohnungen zu *»sozial vertretbaren Mieten«* versorgen müsse. Die Erhöhungen wurden aber nur damit begründet, daß die Miete nicht mehr *»dem ortsüblichen Mietpreis für vergleichbare Wohnungen«* entspreche, also nur der allgemeinen Entwicklung der Mietpreise laut Mietspiegel folgt. Weder wirtschaftliche Erfordernisse zur Mieterhöhung noch Erwägungen zur Sozialverträglichkeit waren zu erkennen. In der Folge der dadurch neu aufgenommenen Debatte erklärte Bürgermeister Boginski anerkennenswerterweise einen Mietstopp für die WHG und stellte die Forderung nach Erarbeitung einer Richtlinie zum weiteren Umgang mit Mieterhöhungen.

Zwar wurden die schon ausgesprochenen Mieterhöhungen nicht zurückgenommen, doch mit der Entscheidung des Bürgermeisters wurde die Möglichkeit geschaffen, über die Geschäftsstrategie der WHG in Sachen Miete neu nachzudenken und notwendige Veränderungen zu prüfen.

In der StVV am 31.05.2018 erklärte Herr Boginski auf Nachfrage, daß der Aufsichtsrat zusammen mit der Geschäftsführung die Thematik *»Mieten und Wohnen«* intensiv diskutiert und am 29.05.2018 ein entsprechendes Konzept beschlossen habe, welches den Stadtverordneten, den Mieterinnen und Mietern der WHG sowie der breiten Öffentlichkeit in einer am 18.09.2018 stattfindenden öffentlichen Veranstaltung vorgestellt werden soll. Im Rahmen dessen will die WHG das Ergebnis der durchgeführten Mieterbefragung darlegen und analysieren. Dem entgegen erklärte der Geschäftsführer Adam: *»Die Veranstaltung am 18.09.2018 im ‚Familiengarten' ist ausschließlich eine Veranstaltung der WHG, nicht auch der Stadt Eberswalde«*. Und weiter zum Mietkonzept: *»Es wird allerdings keine Abstimmung oder dergleichen über das Mietkonzept geben; das dafür zuständige Gremium ist ausschließlich der Aufsichtsrat der WHG, die ja bekanntlich eine GmbH ist und insofern ausschließlich nach den Regularien und Bestimmungen des GmbH-Gesetzes funktioniert.«*

Mit dieser Aussage ignoriert Geschäftsführer Adam, daß die Gemeindevertretung gemäß Kommunalverfassung den Vertretern der Gemeinde in der Gesellschafterversammlung Richtlinien und Weisungen erteilen kann.

Was ist nun von dieser Informationsveranstaltung zu erwarten?

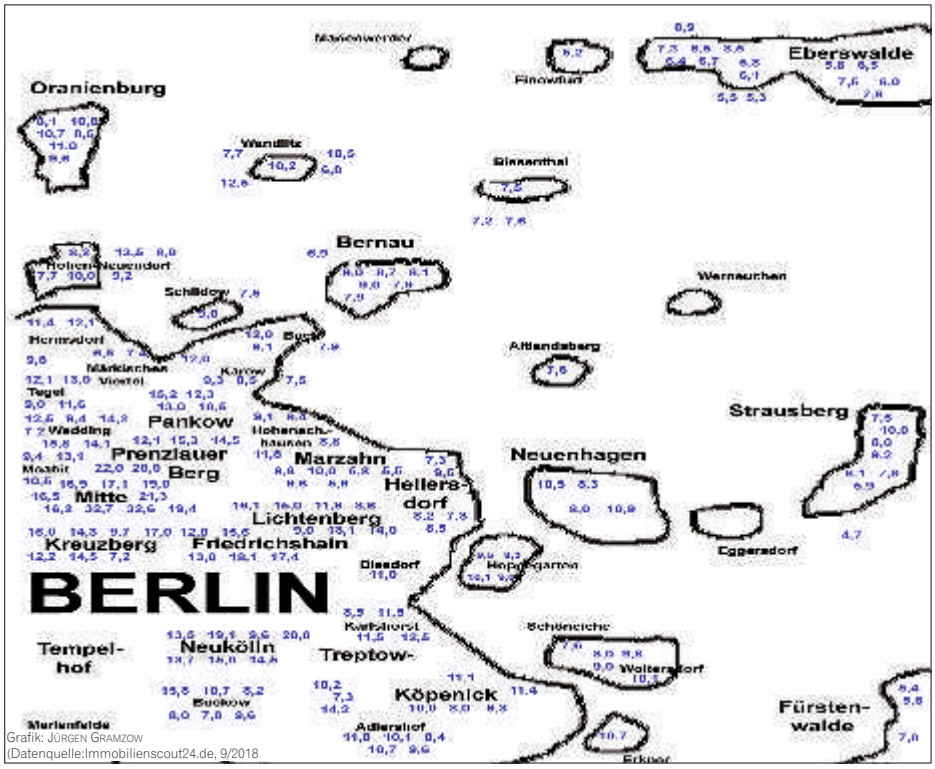
Nachfragen bei Stadtverordneten besagen, daß die Ergebnisse der Bürgerbefragung und das Konzept *»Wohnen und Mieten bei der WHG«* den Abgeordneten nicht bekannt sind. Der Aufsichtsrat hat das Konzept am 29.05.2018 schon beschlossen. Es ist jedoch nicht zu erwarten, daß dies auch Gegenstand von Entscheidungen der Stadtverordneten sein wird (Herr Adam hält den Aufsichtsrat allein für zuständig). Die geplante öffentliche Information darüber in der Informationsveranstaltung am 18. September hat folglich nur Alibi-Charakter. Danach wird sicher mit der Umsetzung des Konzeptes begonnen wird. Öffentliche Verlautbarungen der WHG über das Investitionsgeschehen lassen schon erkennen, daß weitere Mieterhöhungen vor der Tür stehen. Die bundesweite Mietentwicklung, die gestiegenen Baupreise für Neubau und Modernisierung, der hohe Anteil der nichtvermietbaren, instandsetzungsbedürftigen Wohnungen werden schon jetzt als Argumente vorgetragen, um weitere Mieterhöhungen zu begründen.

Enthalten die Schlußfolgerungen aus den Mieterbefragungen und das Konzept *»Wohnen und Mieten bei der WHG«* aber auch Entscheidungen, wie man satzungsgemäß breiten Schichten der Bevölkerung Wohnungen zu sozial vertretbaren Mieten bereitstellen will? Wird sich die WHG darüber hinaus dazu erklären, welchen Beitrag sie zur Reduzierung der Betriebskosten leisten will?

Schon im Offenen Brief von Albrecht Triller vom 23.03.2017 (BBP 4/2017) wurden die wichtigsten Schlußfolgerungen zur Änderung der Geschäftspolitik der WHG genannt (siehe auch BBP 12/2016). Diese Schlußfolgerungen müßten sich in den Dokumenten wiederfinden, die den Mietern der WHG und der eingeladenen Öffentlichkeit am 18. September übermittelt werden sollen (Seite 2).

Überall in Deutschland werden Versuche unternommen, den sprunghaft steigenden Mieten zu begegnen. Die Arbeit mit Mietspiegeln und Mietpreisbremsen haben sich als nicht ausreichend erwiesen. Mit den beiden großen Wohnungsunternehmen Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft und Wohnungsbaugenossenschaft, die ihren Mietern in besonderer Weise verpflichtet sind, hat Eberswalde die Chance, auf eine kostenorientierte, sozial vertretbare Wohnungspolitik hinzuwirken. Dafür sollte die WHG eine Vorreiterrolle übernehmen.

ALBRECHT TRILLER im Auftrag des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde



Grafik: Jürgen Gramzow
(Datenquelle:Immobilienscout24.de, 9/2018

Grünpflege in Bernau

Die Fraktion BVB/Freie Wähler Bernau hat zur Septembersitzung der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag zur Verbesserung der Grünpflege eingereicht. Damit soll der Bürgermeister beauftragt werden, die personellen und sächlichen Voraussetzungen beim Bauhof dafür zu schaffen, daß dieser in angemessener Frist die Grünflächen- und Pflanzenpflege durchführen kann. Aus Meldungen im Märker-Portal zeigt sich, daß ein erhebliches Defizit bei der Grünflächen- und Pflanzenpflege besteht. Zudem gibt es zahlreiche Mißstände in den Ortsteilen, die hier gar nicht erfaßt sind.

An vielen Stellen werden ungemähte Flächen, herabhängende Äste, wuchernde Büsche und zugewachsene Gehwege beklagt. Angesichts der nicht unerheblichen öffentlichen Lasten können die Anwohner eine angemessene Grünpflege erwarten. Deswegen soll der Bürgermeister nach Analyse des Pflegerückstandes geeignete Maßnahmen ergreifen, wie z.B. mehr Personal für den Bauhof.

JÖRG ARNOLD und PÉTER VIDA

Verkehrsaudit im Oktober

Eberswalde (bbp). Das Verkehrssicherheitsaudit, von der Eberswalder Baudezernentin Anne Fellner im Mai 2017 für den Herbst des gleichen Jahres angekündigt, soll nun mit einjähriger Verspätung im Oktober im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt (ABPU) vorgestellt werden. Zustande kam dieses Audit als Reaktion auf die ersten Aktivitäten der sich noch in Gründung befindlichen Bürgerinitiative *»Radwege in Eberswalde«*. Die Bürgerinitiative i.G. hatte versucht, mehrere StVV-Fraktionen für das später als Bürgerbegehren formulierte Anliegen zu gewinnen. Einer der angesprochenen Stadtverordneten leitete die vertrauliche Anfrage allerdings prompt an die Stadtverwaltung weiter und der unterbreitete Vorschlag wurde mit der Ankündigung des Audits durch die Baudezernentin obsolet.

Ende 2017 unternahm die Bürgerfraktion Eberswalde einen erneuten Vorstoß. Die Fraktion zog den Vorschlag nach Hinweisen der Stadtverwaltung zurück, um erstmal das Ergebnis des Verkehrssicherheitsaudits abzuwarten. Selbiges lag allerdings erst Ende Mai als Entwurf in der Stadtverwaltung vor. Und es dauerte ein weiteres halbes Jahr – bis nach Einreichung des Bürgerbegehrens – bis das Audit nun im ABPU öffentlich wird.

Die Bürgerinitiative *»Radwege in Eberswalde«* nimmt für sich in Anspruch, daß es ohne ihr Wirken gar nicht erst zu diesem Audit gekommen wäre. Die BI kritisiert, daß die Ergebnisse des Audits bis nach Beendigung ihres Bürgerbegehrens der Öffentlichkeit vorenthalten wurden. *»Für unser Bürgerbegehren hätte eine Diskussion darüber durchaus belebend gewirkt«*, meint BI-Sprecher Gerd Markmann. *»Nun aber findet die Diskussion zum Audit erst nach Einreichung unseres Bürgerbegehrens statt.«*

Besser spät als nie

Alle Ortsteile sollen wieder eine Ortsteilvertretung bekommen

Eberswalde (bbp). Im November 2013 hatte die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV) die Beschlußvorlage der damaligen Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler (die nach den Kommunalwahlen von 2014 in die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde, später Unabhängiges Wählerbündnis Eberswalde, aufging) zur Neuordnung der Eberswalder Ortsteile mehrheitlich abgelehnt. Lediglich die drei Stadtverordneten der Einreicherfraktion Carsten Zinn, Gerd Markmann und Dr. Günther Spangenberg stimmten damals für die Verkleinerung der Ortsteile, fünf weitere enthielten sich der Stimme. Die heutigen Miteinreicher (DIE SPD) votierten geschlossen dagegen (siehe *»Ein Monster-Ortsteil in Eberswalde«*, BBP 12/2013).

Etwas mehr Erfolg hatte damals der Vorschlag zur *»Erweiterung der Rechte der Ortsteilvertretungen«*, der die Bildung von Ortsbeiräten in allen Ortsteilen und die Ausschöpfung der Möglichkeiten der Kommunalverfassung einschließlich Ortsteilfonds vorsah. Dieser Vorschlag wurde 2013 zunächst zur Diskussion in die Ausschüsse verwiesen, dann aber im Februar 2014 ohne weitere Diskussion mit einem fast identischem Abstimmungsverhalten wie die Parallelvorlage mehrheitlich abgelehnt.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hardy Lux begründete die Ablehnung seiner Fraktion damals mit der zeitlichen Nähe der Kommunalwahlen (zu der es wegen der vorherigen Verweisung in die Ausschüsse kam) und forderte die Einreicher auf, die Vorlage in der nächsten Wahlperiode erneut einzureichen (*»Rechte der Ortsteilvertretungen erweitern!«*, BBP 4/2014).

Nunmehr – nach fast 5 Jahren – ergriff die Fraktion um Hardy Lux selbst die Initiative und bezog die Fraktion Unabhängiges Wählerbündnis Eberswalde ein, der neben Carsten Zinn (Wahlträger Alternative Liste Eberswalde) und Dr. Günther Spangenberg (Allianz freier Wähler) noch Otto Baaz (Bündnis für ein demokratisches Eberswalde) angehört. Die Wählerbündnisfraktion setzt damit am Ende der Wahlperiode eine der zentralen Forderungen des Kommunalwahlprogramms der Alternativen Liste Eberswalde (ALE) von 2014 um. Die Forderungen nach Erweiterung der Rechte der Ortsteile sind im übrigen schon weitaus älter. Die 2013 vorgeschlagenen Änderungen waren bereits im Sommer 2007 formuliert worden (*»Demokratie im Wohngebiet«*, BBP 8/2007), damals noch mit der Feststellung verbunden: *»Die langjährigen Defizite lassen sich nicht einfach mittels Beschluß aus der Welt schaffen. Demokratisierung ist immer ein Entwicklungsprozeß, in dem alle Beteiligten Demokratie lernen und bei dem neue Wege ausgelotet werden.«*

Es war die Zeit, als Bürgermeister Boginski neu im Amt war. Ihm sollte die Zeit gegeben werden, die in ihn gesetzten Hoffnungen auch umzusetzen. Daß dies mehr als ein Jahrzehnt in Anspruch nehmen würde, war damals freilich nicht vorauszusehen.

Mit der aktuellen Beschlußvorlage, die nach Informationen von Fraktionsmitgliedern auch die Fraktion DIE LINKE unterstützen will, werden die beiden Anträge von 2013 zusammengefaßt. Bei der Neugliederung der Ortsteile geht der neue Vorschlag sogar weiter. Statt wie 2013 zehn, werden nun zwölf Ortsteile vorgeschlagen. Der Vorschlag, in allen Ortsteilen Ortsbeiräte zu etablieren, wurde vollständig aufgegriffen. Welche Rechte diese neuen Ortsteilvertretungen haben sollen, bleibt allerdings offen. In der Vorlage wird pauschal auf § 46 der Kommunalverfassung verwiesen. Dort sind einige der vorgesehenen Regelungen nur Kann-Bestimmungen, die einer besonderen Festlegung in der Hauptsatzung bedürfen. Das betrifft zum Beispiel die Entscheidungen über Straßen- und Wegesanierung, der Ortsbildpflege incl. Grünanlagen sowie der Unterhaltung, Nutzung und Ausstattung der öffentlichen Einrichtungen mit Ortsteilbedeutung. Auch die Einrichtung spezieller Ortsteilfonds zur Förderung von Vereinen und Verbänden, für Veranstaltungen zur Heimatpflege, des Brauchtums oder der Fremdenverkehrsentswicklung sowie für Ehrungen und Jubiläen bedarf eines ausdrücklichen Beschlusses der Stadtverordneten. Im 2013er Vorschlag war dies alles ausdrücklich vorgesehen.

Die Verwaltung müßte dies nun ohne ausdrückliche Aufforderung aufgreifen, falls dies nicht doch noch seitens der Stadtverordneten gefordert wird.

Bündnis 90/Die Grünen:

Freude über neue Strukturen der Kreisverwaltung

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Barnimer Kreistag begrüßt die ab 1. Oktober wirksam werdenden strukturellen Änderungen in der Kreisverwaltung. Die Untere Naturschutzbehörde zu stärken und strukturell unabhängiger zu machen, war eine unserer Kernforderungen im Zuge der Landratswahl. Wir freuen uns, daß der neue Landrat die zugesagten Änderungen jetzt zügig auf den Weg bringt.

Wir hoffen, daß durch die Zusammenlegung der Bereiche Landwirtschaft und Naturschutz Synergien entstehen und der Schutz unserer Lebensgrundlagen stärkere Beachtung findet. Auch die Eingliederung des Bodenschutzamtes in das neu benannte Dezernat für Umwelt, Nachhaltige Entwicklung und Bauen begrüßen wir ausdrücklich. Dieser Schritt war lange überfällig.

STEFAN BÖHMER

»Eberswalde für den Frieden«

Ihr seht vor dem Podium ein Transparent mit der Aufschrift *»Eberswalde für den Frieden«*. Alle, die Ihr hier her gekommen seid, werdet diese Aussage unterstützen. Aber haben wir das Recht, mit der Aussage *»Eberswalde für den Frieden«* für alle Eberswalder zu sprechen? Gewiß ist der Frieden ein Menschheitsbedürfnis und so auch für alle Eberswalder. *»Eberswalde für den Frieden«* ist aber auch eine Erwartung an alle Eberswalder, sich zum Frieden zu bekennen. Und mehr noch: es reicht nicht, sich zum Frieden zu bekennen, wie wir es heute und hier tun. Es gilt auch, sich für den Frieden einzusetzen.

Kann man etwas gegen Kriege tun? Kriege werden von Wenigen für Kapitalinteressen vom Zaune gebrochen. Friede dagegen kann nur das Werk aller sein. Laßt uns heute die Gelegenheit nutzen, den an allen Ständen ausliegenden Aufruf *»Abrüsten statt aufrüsten«* zu unterschreiben. Der Aufruf ist bundesweit bis Ende August bereits von mehr als 85.000 Friedensfreunden unterzeichnet worden. Das kann aber nur ein Anfang sein.

Wir haben in unserem Aufruf zum heutigen Weltfriedenstag auch einige für den Weltfrieden wichtige Forderungen an die Bundesregierung gestellt: Den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen, die drastische Reduzierung des Rüstungsetats, den Stopp der Rüstungsexporte, keine Beteiligung an NATO-Manövern und keine Truppenstationierungen entlang der Westgrenze Rußlands sowie die Bekämpfung der Fluchtursachen, statt der Flüchtlinge.

Wir danken unserem Bürgermeister Herrn Boginski für seine Worte zur Begrüßung. Unser Transparent *»Eberswalde für den Frieden«* wird auch durch ihn repräsentiert. Als ihm am 1. September 2016 an dieser Stelle angetragen wurde, dem Bündnis *»mayors for peace«* (Bürgermeister für den Frieden) beizutreten, versprach er, das Anliegen der Stadtverordnetenversammlung (StVV) anzutragen. Seinen diesbezüglichen Antrag bestätigte die StVV am 26.10.2017. *»Die StVV beschließt die Mitgliedschaft der Stadt Eberswalde in der Initiative Mayors for Peace – Bürgermeister für den Frieden – ab 01.01.2018«*, heißt es in dem Beschluß.

Die Initiative zur Gründung dieses Bündnisses war 1982 vom damaligen Bürgermeister von Hiroshima ausgegangen – der japanischen Stadt, die am 6. August 1945 Opfer der ersten amerikanischen Atombombe wurde. Es war und ist deshalb insbesondere auf die Ächtung und Abschaffung der Atomwaffen gerichtet. Auch wir wissen und fordern: *»Unsere Zukunft – atomwaffenfrei«*.

Der Frieden für alle Menschen ist die erste Grundbedingung für das Wohl aller Menschen. Er ist deshalb das Ziel aller auf das Wohl der Menschen gerichteten Gesellschaften, Atheisten und Gläubigen aller Religionen. Kriege sind des Menschen Feind. Sie müssen und können nur in Gemeinsamkeit aller Menschen verhindert bzw. beendet werden. Frieden kann nur miteinander und nicht gegeneinander erreicht werden. Die Waffen gehören verschrottet. Notwendig ist es, die Ursachen für Kriege zu beseitigen, die Ungerechtigkeiten aus der Welt zu schaffen, gerecht zu teilen statt auf Kosten anderer leben zu wollen. Liegen die Ursachen der Kriege letztendlich in den gesellschaftlichen Verhältnissen, so müssen diese verändert werden. Doch bis dahin zählt jeder kleine Schritt hin zu mehr Frieden.

Notwendige Änderungen müssen bei uns selbst beginnen. Noch sind wir selbst ein Teil der Ungerechtigkeit dieser Welt. So wie wir heute können nicht alle Menschen dieser Erde leben. Wir verbrauchen einen zu großen Anteil an den Weltressourcen und tragen Mitschuld an der drohenden Klimakatastrophe, die die Menschheit insgesamt gefährdet.

Viele Mitbürger haben kein Verständnis für die Opfer von Flucht und Vertreibung, die ihr Leben retten, dem Elend entfliehen und zu uns kommen wollen. Unfaßbar, daß ein US-Präsident *»America first«* proklamiert und alle und jeden zu erpressen versucht. Er ist heute der Kriegstreiber Nr. 1 in dieser Welt.

Am Weltfriedenstag 2017 haben wir die Abschiebungen von Flüchtlingen verurteilt und vom Landrat einen sofortiger Abschiebestopp gefordert. Dem ist er nicht nachgekommen. Aus Frau Merkels *»Wir schaffen das!«* ist inzwischen eine verstärkte Abschiebepolitik geworden. Statt für die Beseitigung der Ursachen zu kämpfen, schließt die Bundesrepublik Abkommen zur Verhinderung der Flucht.

Aktuell gibt es Bemühungen, Abschiebungen von Flüchtlingen durch private Asyle verhindern zu helfen. Private Asyle sind Patenaktionen, mit der Privatpersonen sich verpflichten, einen Flüchtling zu unterstützen, bei Behördengängen zu begleiten und falls nötig, auch aktiv vor einer Abschiebung zu schützen. Bereits 1986 haben sich Initiativen für eine *»Freie Flüchtlingsstadt«* (z.B. Nürnberg) gegründet. Trotz aller rechtlichen Probleme wäre es ein wünschenswerter Ansatz, daß wir in Eberswalde über die Möglichkeiten einer *»Freien Flüchtlingsstadt Eberswalde«* diskutieren. Auch der neue Landrat sollte als Eberswalder Bürger in die Debatte einbezogen werden. Der positive Umgang mit Flüchtlingen in Eberswalde unterstützt diesen Gedanken. Mit einer solchen Diskussion könnten wir einen Kontrapunkt setzen gegen jene politischen Kräfte (wie z.B. die AfD mit ihrer Aktion am 25.08. in Eberswalde), die gegen Flüchtlinge hetzen, statt sich mit den Fluchtursachen zu beschäftigen.

Ich bedanke mich für Eure Aufmerksamkeit und hoffe auf Eure weitere Unterstützung aller Friedensinitiativen.

ALBRECHT TRILLER

Guten Morgen Eberswalde

Foto: Gerd Markmann

Pünktlich halb elf sagte die Liedermacherin Merle Weißbach am 1. September »Guten Morgen Eberswalde«. Anläßlich des Weltfriedenstages, der in diesem Jahr auf den Sonnabend fiel, kooperierte das Guten-Morgen-Team um Udo Muszinski mit dem Bündnis für den Frieden Eberswalde.

Merle Weißbach, mit ihrem Cello auf der Nordseeinsel Föhr aufgewachsen, sang von Kirschblütenstaubsaugern, Rissen im Asphalt und dem Drunter und Drüber im nächtlichen Gewühl. Seit 2013 steht sie solistisch auf der Bühne und mit ihrem 2015 veröffentlichten Album »Zwischen drunter und drüber« unterstützt sie die Bereitstellung von Wohnraum für Geflüchtete auf dem Projektehof Wukania in Biesenthal.

Foto: Gerd Markmann

Für weitere kulturelle Höhepunkte sorgten Britzer Grundschüler, die sich nicht als Chor bezeichnen wollten – aber ein tolles Programm boten – und der Chor IWUSCHKA.

Foto: Gerd Markmann

Zwischen den Kulturbeiträgen ergriffen Bürgermeister Friedhelm Boginski, Albrecht Triller (nebenstehend) und Martin Appel (Seite 8/9) das Wort. Zum Abschluß starteten Friedenstauben in den Eberswalder Septemberhimmel, während sich die Teilnehmer der Tour der Erinnerung (von der Ortsgruppe der Linken organisiert) per Fahrrad auf den Weg machten.

Schwerter zu Pflugscharen

von Martin Appel

Sie haben es mir geradezu aus den Händen gerissen, damals im Herbst 1981 im Jugendkeller in der ehemaligen Wilhelm-Pieck-Str. 84, die jetzt Eisenbahnstraße heißt. Sie wollten es unbedingt haben, die Jugendlichen der Jungen Gemeinde, hier in Eberswalde, unabhängig davon, ob sie Christen waren oder nicht – im Keller konnte man wenigsten offen reden, nicht so verkrampft wie in der Freien Deutschen Jugend, die alles andere, nur nicht frei war. Sie fanden es toll, dieses kleine Stück Fliesstoff mit dem Aufdruck *»Schwerter zu Pflugscharen«*, dazu der Hinweis *»Micha 4«*, roter Kreis, schwarze Umschrift, blauer Mann, Hammer schwingend, muskulös, russisch-monumental, auf weißem Untergrund.

Foto: Gerd Markmann

Rund schneiden mußte man es sich selber, aber das war offenbar das geringste Problem, auch nicht das Aufnähen auf den Jackenärmel. Aber dann begannen die Probleme, so massiv, daß es sich vielen sehr gravierend eingeprägt hat – bis heute.

Bei manchen begann der Ärger schon im Elternhaus: *»Das nähst du bitte nicht an!«*, *»Damit gehst du nicht zur Schule und in die Öffentlichkeit«*, *»Das gibt nur Ärger«* – und es gab Ärger.

Die Order der SED-Regierung war eindeutig. Zuerst wurden die Schulen angewiesen, dann die Staatssicherheit und die Polizei. Jeder Aufnäher-Träger wurde genötigt, gezwungen das Zeichen abzutrennen. Widerstand war zwecklos. Jugendlichen, die sich weigerten, es selber abzumachen, wurde die Jacke weggenommen, und dann trennten es die Lehrer oder Polizisten ab. Ob der Jackenstoff heil blieb, war dabei zweitrangig.

Kleinlaut, wütend, weinend und aufgeregt kamen die *»Kellerkinder«* in den darauffolgenden Wochen in den Junge-Gemeinde-Keller und erzählten mir ihre Geschichten. Sie verstanden die ganze Aufregung nicht. Sie verstanden nicht, daß ein 6 cm – Durchmesser kleines Fliesstoffzeichen solch rigoroses Vorgehen seitens des Staates zu Folge hatte. Dabei war es ein russisches Denkmal, das da abgebildet war, ein Geschenk des sowjetischen Staats- und Parteichefs Nikita Chrustschows an die UNO (und die Sowjetunion war ja unser großer Bruder!) – Das Denkmal steht noch heute dort vor dem UNO-Gebäude in New York. Mit dem Bibeltext in Englisch *»Let us beat sworts into plowshares«* (Laßt uns Schwerter zu Pflugscharen umschmieden).

Die Idee mit dem Aufnäher, die von dem sächsischen Landesjugendpfarrer Harald Brettschneider stammte, war pfiffig. Es sollte ein eigenständiges Zeichen sein, daß die Hoffnung auf Frieden und Abrüstung klar und deutlich zum Ausdruck bringt. Aber Eigenständigkeit war nicht vorgesehen in der *»friedliebenden«* DDR. Was nicht von oben, sondern von unten kam, war verdächtig.

Es wäre die Chance zum Dialog gewesen, welches der sinnvollste Weg zum Frieden sein könnte in einem waffenstarrenden, in Ost und West getrennten Europa, zwischen bis aufs Blut verfeindeten Staaten, die in der Hochrüstung die einzige Form von Friedenssicherung gesehen haben. Was für ein schizophrenes und tödliches Denken auf beiden Seiten.

So wird nicht Frieden. Davon waren wir Christen in der DDR und die Ostermarsch-Bewegung im Westen Deutschlands überzeugt. Man kann nicht Frieden schaffen mit Waffen. Man kann nicht Frieden herbeibomben, weder in Syrien noch im Gaza-Streifen, weder in Afghanistan noch sonst wo.

Und wir hier in Deutschland sind verwickelt in viele dieser Kriege, denn unser Land ist der drittgrößte Waffenexporteur weltweit! Das ist beschämend, das ist ein Skandal, das ist Sünde gegen Gott.

»Du sollst nicht töten« heißt das 5. Gebot in der jüdischen Thora. Auch das Produzieren von Waffen gehört für mich dazu. Deshalb habe ich auch den Wehrdienst mit der Waffe verweigert, denn ich wollte nicht *»lernen, Krieg zu führen«*. Es gibt keinen Weg zum Frieden, wenn nicht der Weg schon Frieden ist (M. L. King). Unser Gott ist ein Gott des Friedens. Das zu verkünden und zu leben, war die Aufgabe der Propheten im damaligen Israel. Das zu verkündigen, hat sich auch Jesus von Nazareth zur Aufgabe gemacht. Er hat gesagt *»Selig sind, die Frieden stiften«*, nicht die Kriegstreiber, nicht die Mauer-Bauer, die Verharmloser und die Gleichgültigen. Er will, daß wir Mauern einreißen, in Israel, im Kopf, zwischen Inländern und Ausländern, arm und reich, Nord und Süd, Ost und West, auch zwischen den Religionen. Er hält es für möglich, daß wir auf Gewalt verzichten.

Frieden wird nicht von allein. Dazu benötigen wir zuerst die Kraft der Vision, wie sie der Prophet Micha eindrücklich seinem von Krieg und Zerstörung heimgesuchten Volk damals vor 2700 Jahren vor Augen gemalt hat:

»Gott wird unter den Völkern sein Recht aufrichten. Und auch die fernsten Länder werden sich seinem Richtspruch beugen. Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen. Ein jeder wird unter seinem Weinstock und Feigenbaum wohnen, und niemand wird sie schrecken. Denn Gott hat es gesagt. Er wird es auch tun.«

Jerusalem ist zu dieser Zeit ein Trümmerhaufen. Die Assyrer haben eine Schneise der Verwüstung hinterlassen und besetzten das Land. Gewalt war an der Tagesordnung. Sie ging einher mit Deportationen und ethnischen Säuberungen. Die Friedensordnungen der wechselnden Machthaber erwiesen sich immer wieder als brüchig. (wie sich die Bilder gleichen!)

Die Friedensverheißung des Propheten Micha war sicher eine Provokation in den Ohren der Opfer. Wie soll das gehen? Schwerter zu Pflugscharen und Lanzen zu Winzermessern (oder auch Panzer zu Landmaschinen)…und sie werden künftig nicht mehr lernen, Krieg zu führen? – Du bist verrückt!

Und dennoch: Was für ein Traum! Wenn er doch nur wahr würde!

Ein kleines Stück Stoff am Jackenärmel – abgerissen, wieder aufgenäht oder – besonders originell – durch einen weißen runden Flicken ersetzt, jeder wußte, was da mal war, aber nun konnten Lehrer und Polizisten nicht mehr einschreiten, denn wer wollte mit welcher Begründung einen weißen Fleck entfernen?!

Mit der Aufnäher-Aktion begann die staatsunabhängige Friedensbewegung in der DDR. Und immer wieder tauchte das Symbol in der Folgezeit auf, als Fahne, als Plakat bei Demonstrationen, immer wieder auch am Jackenärmel. Es war nicht mehr ausrottbar.

Dieses Zeichen hat die Friedensgebete und Demonstrationen bis in die friedliche Revolution im Herbst 1989 begleitet. Es war auch zu sehen bei den Protestmärschen in der Kyritz-Ruppiner Heide, die 15 Jahre lang dauerten,

bis das Verteidigungsministerium das Bombodrom aufgegeben hat, worüber ich mich riesig gefreut habe und mir gezeigt hat: Es geht. Man braucht nur langen Atem und viel Geduld.

Dieses Zeichen zierte den Verfassungsentwurf des zentralen Runden Tisches, der leider nie ernsthaft weiterdiskutiert wurde. Und es gab sogar Entwürfe, dieses Symbol als neues Zeichen in die Mitte der schwarz-rot-goldenen Fahne zu setzen. – Das hätte ich gut gefunden: Ein Zeichen des Friedens in der Flagge unseres Landes! Provokation und Programm zugleich.

Dieses alte Prophetenwort fordert uns heraus, neu über unsere Lebensziele nachzudenken. Es sagt mir: Frieden fällt nicht vom Himmel. Frieden schaffen, das ist harte Arbeit: umschmieden, um-denken, um-lernen. Neue Waffen sichern uns das Überleben nicht.

Frieden schaffen heißt: Beziehungen aufbauen und stärken – über alle Grenzen hinweg.

Martin-Luther-King hatte Recht, als er sagte: *»Wenn wir nicht lernen, als Menschen miteinander zu leben, dann werden wir als Narren gemeinsam untergehen.«*

Es ist ein weiter Weg bis zum Umschmieden, aber mit einem klaren Ziel: nach getaner Arbeit soll jeder unter seinem Weinstock sitzen und das Leben unter seinem Feigenbaum zusammen mit seinen Nachbarn genießen. – Ein schönes (und starkes) Bild des Propheten, fast 3000 Jahre alt, eine Vision, die nie mehr aus unseren Köpfen und Herzen verschwinden soll. Sie soll uns anrühren, ergreifen und begleiten, bis sie Realität wird.

Wenn einer alleine träumt, ist es nur ein Traum. Wenn viele diesen Traum vom Frieden gemeinsam träumen, dann ist das der Beginn einer neuen Wirklichkeit.

Laßt Euch von nichts und niemandem entmutigen. Wir können Frieden stiften, allerdings nur gemeinsam. Davon bin ich überzeugt.

Rede zum Weltfriedenstag am 1. September 2018 auf dem Marktplatz in Eberswalde

Die Friedenstaube

Die rote Oma fragt sich immer wieder, muß man einen Aggressionskrieg überlebt haben, so wie ich, um ihn bis zum Lebensende zu hassen und zu bekämpfen?

Alle Menschen, die in Frieden leben wollen, müssen mutig dafür stehen, es sagen und zeigen, mit Fahnen, Bildern, Liedern, Sprüchen und mehr. Die Friedenstaube spielt dabei eine große Rolle, da sie weltbekannt ist. Jeder, der eine Plakette oder Brosche mit der Friedenstaube trägt, sie am Auto, Fahrrad oder Briefkasten geklebt hat, zeigt damit, wie weit der Friedenswille ausgebreitet ist!

Den Kriegstreibern und Hetzern sollten die Friedenstauben stets ins Blickfeld geraten. Selbst dann, wenn sie die Augen schließen.

Für Frieden und Völkerfreundschaft: Immer bereit!

ELISABETH MONSIG

Was bringen uns Kriege?

Ich war 15 Jahre alt, als der 2. Weltkrieg begann, der schon lange vorher von den Faschisten geplant war.

Mein Stiefvater und meine drei Brüder wurden nach und nach eingezogen. Von unserer großen Familie blieben nur noch meine Mutter und meine Schwester.

Die sechs Jahre Krieg brachten Not, Hunger, Trauer, Angst vor den Bombenangriffen und Sorge um die Angehörigen. 1943 wurde meine Tante mit ihrem Baby in ihrem Kölner Luftschutzkeller verschüttet. Eine schwere Bombe hatte das Haus getroffen.

Mein Stiefvater kam erst 1948 aus der Gefangenschaft. Der älteste Bruder, den wir ab Herbst 1944 versteckt hielten, starb mit 33 Jahren an seiner Verwundung. Der andere, der nicht zum Mörder werden wollte und freiwillig in Gefangenschaft ging, erlag dort dem Fleckfieber. Den letzten werden sie irgendwo vergraben oder verbrannt haben.

Wenn ich heute höre, daß Deutschland militärisch an die Spitze will, daß Milliarden für Kriegsvorbereitungen gebraucht werden, daß wir die Speerspitze der Nato werden und für schnelle Eingreiftruppen sorgen und die Bundeswehr mit Kampfdrohnen ausgerüstet wird (für feigen, hinterlistigen und verachtenswerten Mord), dann erinnere ich mich an das, was uns der Krieg gebracht hat.

So lange ich noch lebe, werde ich zu den Menschen gehören, die für Frieden und Völkerfreundschaft kämpfen.

ELISABETH MONSIG, die rote Oma

Kleine weiße Friedenstaube...

Ist es schon vergessen, dieses Symbol des friedlichen Miteinanderlebens? Wir kennen die Zeichnung von Pablo Picasso, der 1949 die federleichte Zeichnung einer weißen Taube gestaltete. Er war Kommunist und nannte seine Tochter Paloma (Taube), die am Vorabend eines kommunistischen Kongresses in Paris geboren wurde.

Aber es gibt schon uralte Steinzeichnungen von Tauben in Verbindung mit Ölzweigen, gefunden in den Katakomben von Rom. Ihr Symbol stand für Frieden, Sexualität und Harmonie. Im alten Rom war sie der Göttin Venus zugeordnet. Auch auf Briefmarken ist die Taube abgebildet, z.B. 1980 in der Sowjetunion gemeinsam mit Picasso. Walter Womacka gestaltete ein wunderbares Mosaik über dem Eingang des Gästehauses der DDR in Berlin Niederschönhausen. Auch Künstler anderer Länder widmeten sich dem Thema Friedenstaube.

Informiert man sich in Naturführern unter der Ordnung Taubenvögel (Columbidae), liest man von Hohltauben, Ringeltauben, Turtel- und Türkentauben. Aus der FELSENTAUBE habe sich die Haustaube entwickelt. Es sei unmöglich, Tauben auszurotten, denn sie brüten dreimal im Jahr mit je zwei Eiern; sie sind verbreitet in Europa und in allen Ländern rund um das Mittelmeer, aber auch in Vorder-Klein- und Südasien bis Japan. Tauben bauen ihre Nester versteckt in Höhlen oder in Baumkronen, weitgehend unbemerkt von Menschen.

Wie kommt die Taube zu dem Ruf, eine Friedensbotin zu sein? Da müssen wir weit zurückschauen, bis in biblische Zeiten. Wie war das mit der Arche Noah, als die Sintflut sich dem Ende neigte? Die von Noah ausgesandte Taube kam mit einem Olivenzweig im Schnabel zur Arche zurück und erregte große Freude. Es sei eine Friedens- und Versöhnungsnachricht des Herrn gewesen.

Man liest: Die Taube ist ein seßhafter Vogel und kehrt immer zu ihrem Heimatschlag zurück. Diese Eigenschaft wird ausgenutzt in der Zucht von Brieftauben. Als Überbringer von Nachrichten könne die Taube lange im Tempo von einhundert Kilometern pro Stunde fliegen und sei so schneller als jede andere Methode der Übersendung von schriftlichen Nachrichten.

Nun kommt aber meine Frage: wie steht es heute mit der Bedeutung der Taube als Friedensbotin? Ja, man läßt bei Demonstrationen viele, viele Tauben steigen. Sie sollen an einen Frieden erinnern, den man sich wünscht, der aber nicht existiert! Man läßt Tauben steigen anläßlich von Hochzeiten; mit oder ohne Tauben, wie die Ehe funktionieren wird, hängt nicht von den Vögeln ab!

Man sollte vor den Regierungspalästen in aller Welt Tauben fliegen lassen, immer wieder. Jedoch die hartgesottenen Politiker würden nur ein müdes Lächeln für diese Aktion übrig haben, es geht um mehr, es geht um Geld.

Man sollte alle Kinder der Welt auffordern, gezeichnete oder gebastelte Tauben nach Washington zu Herrn Trump zu senden oder zu Herrn Putin, oder zu Herrn Erdogan oder zum syrischen Diktator Assad. Schließlich ist auf ähnliche Weise auch Nelson Mandela, später Präsident von Südafrika, freigekommen.

Wir sollen in Städten keine Tauben füttern, weil sie sonst überhand nehmen und Schäden verursachen. An Dächern und Traufen sind lange Spikes anmontiert, damit Tauben dort nicht sitzen können.

Was will ich sagen? Jedes Lebewesen hat seinen Sinn – nicht den wir ihnen geben wollen. Jedoch aus Traditionen kann man vielleicht gute Dinge hervorzaubern, Ziele erreichen, mehr noch, als die natürlichen, vorgegebenen Umstände. Wir sollten klein anfangen: Nämlich in Deutschland, am Ministerium für VERTEIDIGUNG Tauben steigen lassen, jede Menge, damit deutsche Waffen und Kriegsfahrzeuge nicht mehr massenweise produziert und exportiert werden.

Dr. WALTRAUD VOIGT

Hypnose

Hypnose ist seit 2006 als wissenschaftliche Behandlungsmethode in der Psychotherapie durch den *»Wissenschaftlichen Beirat Psychotherapie«* in der Bundesrepublik Deutschland anerkannt. Die Anwendung von Hypnose setzt eine *staatliche Heilerlaubnis* voraus. Dies ist z.B. bei einem *Heilpraktiker für Psychotherapie* der Fall.

Hypnose ist ein *natürliches Phänomen*, das uns allen gut bekannt sein dürfte: Es ist vergleichbar dem Zustand, wenn man ganz und gar von einem Buch oder einem Film *»gefangen«* ist und man richtig in die Geschichte *»eintaucht«*. Der Begriff *Hypnose* bezeichnet einen *schlafähnlichen Zustand*. Der Hypnotisierte kann sich *körperlich und geistig entspannen*, da Puls, Atmung und Stoffwechsel sich verlangsamen. Der Hypnotisierte befindet sich in einem geistig wachen, aufmerksamen und konzentrierten Zustand. Die Konzentration und das Erinnerungsvermögen verbessern sich durch die Hypnose. Durch die als angenehm empfundene Entspannung von Körper und Geist können Prägungen, Anspannungen, Interpretationen und noch viel mehr verändert und aufgelöst werden. Anwendungsgebiete sind z.B. die Rauchentwöhnung, Ängste wie z.B. Flugangst oder die Prüfungsangst, Phobien wie z.B. der Klaustrophobie, also der Angst vor engen Räumen, oder auch die Behandlung von Schlafstörungen. Hypnose kann natürlich auch zur Entspannung angewendet werden.

Der Hypnotisierte behält *zu jeder Zeit* seinen vollen Willen und wird sich deshalb nur zu Dingen anleiten lassen, die seinem Willen entsprechen. So ist es dem Klienten jederzeit möglich, den Trancezustand, welcher durch die Hypnose hervorgerufen wird, zu verlassen. *Voraussetzung* für eine gelingende Hypnose ist, daß der *Klient engagiert, geistig rege und phantasievoll* ist und somit offen für Neues ist. Nur wer eine Hypnose wirklich will und dafür offen ist, kann davon profitieren.

Der Ablauf einer Hypnosesitzung gliedert sich in fünf Teile: Im *ersten Teil* wird festgestellt, um welches Ziel es geht bzw. was das Problem ist. Im *zweiten Teil* wird der Klient zur Hypnose hingeführt, die im *dritten Teil* dann noch vertieft wird. Im *vierten Teil* wird das eigentliche Ziel der Arbeit verfolgt. Dies geschieht mittels Suggestionen. Suggestionen werden nun ausgesprochen, z.B. *»Sie haben erkannt, daß das Rauchen gesundheitsschädlich ist, weil…«* oder *»Daraus ergibt sich Ihr starker Wunsch, das Rauchen zu lassen, weil…«*. Der Text wird in einer vorbereitenden Sitzung *persönlich* auf den Klienten zugeschnitten.

Nun fragen Sie sich sicherlich, wie viele Sitzungen notwendig sind, um z.B. mit dem Rauchen aufzuhören. Das ist individuell verschieden. Im günstigsten Fall reicht bereits eine Sitzung, allerdings ist es nicht ungewöhnlich, wenn mehrere Sitzungen benötigt werden.

FALK HINNEBERG (falk.hinneberg@gmx.net)

Quiz und Test (Teil 3)

Wieviel kostet ein Kubikmeter Wasser? Die Antwort darauf ist nicht ganz einfach und von verschiedenen Voraussetzungen abhängig. Im Teil 2 haben wir die Kosten für Ein- und Mehrfamilienhäuser berechnet. Im Folgenden nun weitere Fallberechnungen:

Fall 3 (Einzelpersonen im EFH)

Eine Einzelperson in einem Haus mit eigenem Trinkwasser- und Kanalisationsanschluß muß im Falle QN = 1,5 allein zwei Grundgebühren aufbringen, 108 Euro für Trinkwasser und 168 Euro für Abwasser, ohne auch nur einen Tropfen Wasser gezapft zu haben. Wenn diese Person auch noch mit Wasser sparsam umgeht, also nicht mehr als 60 Liter Trinkwasser (das sind immerhin sechs volle Wassereimer!) am Tag, entsprechend 22 m³ im Jahr, zapft, dann errechnet sich die Verbrauchsgebühr im Ergebnis der gleichen Rechnung wie folgt: 22 x 1,15 x 1,07 + 22 x 3,95 = 27,07 + 86,90 = 114,00 Euro /a (gerundet). Die jährliche Brutto-Gesamtgebühr daraus: 276,00 + 114,00 = 390 Euro/Jahr. Bezogen auf den jährlichen Wasserverbrauch ergibt sich daraus eine Gebühr von 390 : 22 = 17,73 Euro je Kubikmeter. Im Vergleich mit den Kosten für einen Mieter in einem großen Wohnblock sind das mehr als 300 Prozent. Weniger als 30% der Gesamtgebühr sind vom Verbrauch abhängig. Übrigens: Das ist beabsichtigt. Sparsamer Umgang mit Wasser soll nicht belohnt werden!

Bei so drastischen Unterschieden sogar innerhalb eines Wasserverbandes leuchtet es ein, daß Vergleiche zwischen verschiedenen Verbänden ihre Tücken haben. Wasserverbände mit einem hohen Gebührenniveau mögen solche Vergleiche natürlich gar nicht, einfach weil sie dabei schlecht abschneiden. Da wird dann gern davon geredet, daß die Gebühren nicht vergleichbar sind, ein Vergleich wäre nicht korrekt und die Gebühren im eigenen Haus wären nur *»gefühlt«* zu hoch. Kommunale Unternehmen verweisen zudem darauf, daß sie ja gar keine Absicht haben, Gewinn zu erwirtschaften, weil sie das gar nicht dürfen, nur kostendeckend arbeiten und die Gebühren schon aus diesem Grunde korrekt kalkuliert sind.

Trotzdem hat das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) einen Vergleich zwischen insgesamt 100 größeren Städten in Deutschland versucht.

Fall 4 (Musterfall des IW)

Für die Vergleichsrechnung wurde eine Musterfamilie mit einem eigenen Abwasseranschluß erfunden und für diese Familie ein Trinkwasserbedarf = Abwasseranfall von 178 Kubikmetern pro Jahr angesetzt. Der Vergleich bezieht sich auf die Gebühren für Abwasser. Im Ergebnis der Vergleichsrechnung belegt Potsdam mit einer Jahresgebühr von 911,23 Euro den Spitzenplatz, also Platz 100 mit den höchsten Gebühren deutschlandweit. Die Stadt Cottbus landete auf Platz 99.

Unter den gleichen Voraussetzungen wie in der IW-Studie errechnet sich in Eberswalde eine Abwassergebühr von 12 x 14 = 168 Euro/a Grundgebühr und 178 x 3,95 = 703,10 Euro Verbrauchsgebühr, insgesamt also eine Jahresgebühr nur für Abwasser von 168 + 703 = 871 Euro. Das ist sogar noch etwas mehr als in der Stadt Cottbus. Eberswalde war wohl zu klein und unbedeutend für IW, um auch berücksichtigt zu werden, liegt jedoch, das hat die Rechnung gezeigt, in der Gebührenhöhe zwischen Potsdam und Cottbus, kann also deutschlandweit den Platz 99,5 für sich beanspruchen. Fall 4 unterscheidet sich von den Fällen 1-3 dadurch, daß er sich nur auf Abwasser bezieht und in Anlehnung an die IW-Studie mit einem relativ hohen jährlichen Wasserbedarf gerechnet wurde. Das Ergebnis unterstreicht den Einfluß der Grundgebühr auf die Gesamtgebühr. Im Fall 4, also bei einem hohen Wasserbedarf, überwiegt die Verbrauchsgebühr. Sie macht hier 80 % aus. Das ist ein gesundes Verhältnis.

Mit den hier vorgestellten Fallbeispielen wäre die Behauptung des Eberswalder Zweckverbandsvorstehers, er würde sich mit seinen Wasser- und Abwassergebühren auf einem mittleren Niveau befinden, ad absurdum geführt. Das Ergebnis gibt auch einen Hinweis darauf, daß das Land Brandenburg bei den Wasser- und Abwassergebühren deutschlandweit *»Spitze«* ist. Darauf können wir stolz sein – oder doch eher nicht? Sollten Sie, liebe Leser, nun demnächst an einem Wasserquiz teilnehmen, dann würden Sie den Test mit Glanz bestehen können und müßten nicht *»weiter!«* sagen.

JOHANNES MADEJA

(Fortsetzung folgt)

Kurzgedicht

Heute mal ein Kurzgedicht
Lange liest man leider nicht.

Der Mensch erleidet Höllenqualen,
Muß er doch ständig Steuern zahlen.

Weil mir's vom Schicksal auserkoren,
Wurde ich als Mensch geboren.

Na gut, na gut ich komm zurecht.
Auch als Mensch geht's mir nicht schlecht.

Doch wäre es nicht wunderbar;
Vogel zu sein, vielleicht ein Star?

Ich flöge über Schäubles Haus
Ließ etwas fallen, etwas raus.

Könnte straffrei ihn bescheißen.
Niemand könnt mir was beweisen.

Als Mensch – welch Höllenqualen.
Muß man ständig Steuern zahlen.

RAINER KROBBOTH

300 Einwendungen

Planergänzungsverfahren zur 380kV-Freileitung Bertikow-Neuenhagen

Anläßlich des Endes der Einwendungsfrist für das Planergänzungsverfahren zur umstrittenen 380kV-Freileitung Bertikow-Neuenhagen blickt die Bürgerinitiative (BI) auf eine erfolgreiche Kampagne zurück.

Trotz der skandalösen Terminierung der Planauslegung und des Beteiligungsverfahrens in den Sommerferien ist es uns gelungen, im Zentrum des Konfliktgebiets, auf das wir uns konzentriert haben, ca. 300 Einwendungen von unmittelbar Betroffenen zu mobilisieren.

Vorreiter ist Senftenhütte mit 123 Einwendungen, gefolgt von der Gemeinde Ziethen mit 61 Einwendungen wurden auch aus Brodowin, Golzow, Schmargendorf, Kerkow und Angermünde an das LBGR geschickt.

Die Bürgerinitiative hat mit einer Bürgerinformation über das Verfahren informiert und mit ortsspezifischen Formulierungshilfen die Einwohner dabei unterstützt, ihre Beteiligungsrechte wahrzunehmen.

Von großer Bedeutung sind aber auch die Stellungnahmen der Gemeindevertretungen von Chorin und Ziethen und der Stadt Angermünde, mit denen vor allem ein Gutachten zu einer natur- und sozialverträglichen Trasse einer teilweisen Erdverkabelung in der Ackerlandschaft Schmargendorf-Ziethen-Bucholz eingebracht wird. Damit soll die Abweichungsprüfung, die 50Hertz beantragt hat, zu Fall gebracht werden.

Die BI hat aber auch weitere Alternativen in das Verfahren eingebracht, so daß es der Genehmigungsbehörde schwerfallen wird, die Planung von 50Hertz durchzuwinken. Unsere Experten haben die Argumentation von 50 Hertz widerlegt, daß der Rückbau der 220kV-Bestandleitung als Minimierungsmaßnahme oder Kompensation für die zu befürchtenden Vogelverluste durch die 380kV-Freileitung in den Schutzgebieten betrachtet werden könnte.

In ihrer Stellungnahme weist die Bürgerinitiative auch darauf hin, daß die von 50 Hertz vorgelegte Planung im Widerspruch zu den Hinweisen des Forums Netztechnik/Netzbetrieb im VDE steht, an deren Formulierung 50Hertz mitgewirkt hat.

Im Beteiligungsverfahren ist deutlich geworden, daß der Widerstand gegen die Freileitungsplanung auch im 11. Jahr seit Gründung der BI in der Region tief verankert und ungebrochen ist.

Einwohner, kommunale Parlamente, Ämter und die Stadt Angermünde und die Umweltverbände (NABU, BUND und Naturfreunde Deutschlands) tragen den sachlich gut begründeten Protest gegen die von 50Hertz hartnäckig betriebene menschen- und naturfeindliche Planung.

Nicht über unsere Köpfe!
Keine 380kV-Freileitung durchs Reservat!

HARTMUT LINDNER, BI Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!

Vertrocknete Jungbäume in Lichterfelde

Lichterfelde (bbp). Viele der neu angepflanzten Linden in der Steinfurter Allee in Lichterfelde sind in einem erbärmlichen Zustand. Teilweise bereits ohne Blätter oder ziemlich vergilbt. *»Dies deutet darauf hin«*, vermutet der Schorfheider Gemeindevertreter Dr. Andreas Steiner, *»daß sie in der langen Trockenperiode des weilenden Sommers nicht genügend gewässert worden sind«*. Der Bauamtsleiter Bert Siegel soll vor diesem Hintergrund in der nächsten Sitzung des Schorfheider Bauausschusses informieren, wer für die Wässerung der Bäume zuständig ist, in welcher Regelmäßigkeit sie gewässert werden und wie dies dokumentiert bzw. belegt wird. Schließlich will Dr. Steiner auch wissen, wer finanziell für den Ersatz der abgestorbenen Bäume aufkommt. Er bittet des weiteren *»um die Vorstellung der derzeit vorliegenden Konzeption und des Qualitätsmanagements zur Pflege von Jungbäumen in der Gemeinde«*.

In Eberswalde übernahmen es zum Teil die Kameraden der Berufsfeuerwehr, die im Frühjahr neu angepflanzten Bäume und Sträucher zu wässern. Die kleineren Gemeinden und Ämter verfügen nur über Freiwillige Feuerwehren, die solche Sondereinsätze zur Baumpflege kaum bewältigen können.

Fotos: Gerd Markmann

B 167 neu:

Bau vor 2022 ist Illusion

Zur Presseerklärung des Herrn MdB Stefan Zierke (BBP 8/2018)

Ich halte es für höchst bedauerlich, daß der Redakteur der Barnimer Bürgerpost einmal mehr eine Presseerklärung eines Bundestagsabgeordneten kommentar- und kritiklos abdruckt und den Lesern der BBP damit vorgaukelt, sie werden damit über Fakten informiert.

Deshalb will ich – eigentlich überflüssigerweise, denn im vergangenen Jahr hat es zum Thema *»B 167 neu«* in der BBP eine ganze Artikelserie gegeben – ein paar Fakten anfügen, die beide Vorhaben in einem etwas anderen, realen Licht erscheinen lassen:

Nach Kanalausbau wird auf dem dann breiteren und tieferen Kanal keine Tonne Frachtgut mehr transportiert als derzeit schon. Auf die Frage, wer den ausgebauten Kanal braucht, gibt es keine plausible Antwort, es sei denn folgende: Diejenigen, die am Ausbau – zu Lasten der Steuerzahler – gut verdienen. Der Kanalausbau wird etwas länger dauern als ein Jahr, die neue Straße kann aber erst gebaut werden, wenn der Kanalausbau beendet ist, also nicht schon 2020, wie Herr Zierke mitteilt.

Die Straße soll nach Auskunft des Landesbetriebes Straßenwesen nicht begonnen werden, bevor die Planungen für den zweiten Bauabschnitt (von Eberswalde nach Hohenfinow) abgeschlossen sind. Dazu gibt es bisher kein Raumordnungsverfahren, keine Umweltverträglichkeitsuntersuchung und natürlich kein Planfeststellungsverfahren.

Die Planfeststellung für den 1. Bauabschnitt wird erst wirksam, wenn alle Einwendungen und alle Klagen vor dem Verwaltungsgericht entschieden sind. Nach der *»Erörterung«*, die ganz und gar nicht im (ursprünglichen) Zeitplan ist, geht es also erst richtig los. Selbst die Verwaltungen der betroffenen Kommunen Eberswalde und Schorfheide haben inzwischen erkannt, daß diese neue Straße der Region schadet. Sie leisten aber trotzdem keinen ernsthaften Widerstand. Ein Baubeginn vor 2022 – das weiß auch der Landesbetrieb Straßenwesen – ist eine Illusion. Nur Herr Zierke möchte uns etwas anderes weismachen.

JOHANNES MADEJA

19 Ladesäulen im Barnim

Eberswalde (bbp). Die Kreiswerke Barnim GmbH (KWB) hat im Rahmen der Förderrichtlinie zur Errichtung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur Fördermittel in Höhe von 43.000 EUR für die Errichtung von 19 Ladepunkten erhalten. Damit soll im Oktober begonnen werden, informierte Frank Haney, der projektverantwortliche Mitarbeiter bei der KWB. Insgesamt investiert die KWB 107.000 EUR in die Erweiterung der elektromobilen Infrastruktur im Landkreis.

Es ist an der Zeit aufzustehen

Für den Erhalt des Hambacher Forstes

Gerade komme ich wieder von einem besonderen Ort des Widerstandes. Vorwiegend junge Leute arbeiten mit viel Einsatz am Übergang in eine neue Zeit.

In direkter Konfrontation mit Staat, einem zerstörerischen fossilen Energieriesen, der unterstützenden Polizei sowie der mit der Wirtschaft und den Eliten verbündeten Politik (und ihrer Gesetze). Bald läutet im Hambacher Forst die Rodungssaison ein und es soll der letzte übrig gebliebene Rest dieses besonders schützenswerten Mischwaldes verschwinden.

Die weitere Ausdehnung von Europas tiefsten Grubenloches der von den Eliten RWE´s als potentiell größter CO_2- und Feinstaub-Emittent Europas vorgesehener Braunkohletagebau muß gestoppt werden. Der wunderschöne Hambacher Wald in der Nähe von Köln muß geschützt werden. Stellvertretend für den unglaublichen Raubbau an Mensch und Natur steht das alternative und europaweit bekannte Umweltschutzprojekt für den Widerstand gegen dieses zerstörerische System von Ausbeutung, Unterdrückung, Elitenwirtschaft, Spaltung und Unmenschlichkeit.

Die bald wenigen tausend Arbeitsplätze die frei werden, wenn der Hambacher Tagebau den zerstörerischen Braunkohleabbau einstellt werden regional und lokal etwa dringend in den Bereichen Natur/Ernährung und Bildung benötigt. Auch der Teilrück- und -umbau des bisher zerstörerischen und ausbeutenden Systems wird viele helfende Hände benötigen. Der Hambacher Wald wird vielleicht bald ein Pilgerort für die Befreiung von Mensch und Natur sein. Es ist schon heute ein Zentrum des Austausches vieler visionärer, vor allem jüngerer Menschen.

Die große Heterogenität der Meinungen dieser Menschen kennt einige Gemeinsamkeiten und sie lassen sich trotz der Gewalt weniger aus dieser Gruppe (Steine, Molotowcocktails gegen hunderte Polizisten, Hubschrauber, Pferde, Schußwaffen, Schilde, Räumpanzer, Pfefferspray) nicht spalten. In den letzten Tagen und Wochen wurde Infrastruktur am Boden der Baumhaussiedlungen und Teile einer Gemeinschaftswiese unter großem Polizeischutz zerstört. Aktuell (Mitte September) wird damit begonnen die rund 50 Baumhäuser aufgrund des Baurechtes abzureißen.

Es wurden Lebensmittel vernichtet, Werkzeug und lebenswichtiges Wasser entwendet. Viele hundert Menschen wurden in den letzten Tagen und Wochen eingehend kontrolliert und es werden ihre Personalien aufgenommen. Auch im Winter muß der Wald geschützt werden, dann allerdings sind die Bedingungen für ein Durchhalten weniger gut. Tausende Menschen unterstützen bereits jetzt auf vielfältige Weise den wachsenden Widerstand vor Ort. Neben der ineffizienten und zerstörerischen Produktion und Nutzung von Energie aus Braunkohle steht der seit über sechs Jahren bestehende Hambacher Forst (kurz: Hambi) für die Notwendigkeit, hier und jetzt zu entscheiden, wie und ob wir alle weiter auf dieser Erde leben werden können.

Tragt diese Botschaft heraus. Unterstützt das größte, offenste und wohl wichtigste Umwelt-, Gerechtigkeits- und Klimaschutzprojekt Deutschlands, vielleicht Europas. Die Zeit ist jetzt reif, eure Köpfe, Körper und eure Herzen zu bewegen und zu überlegen, was ihr beitragen könnt. Informiert euch unter *www.hambacherforst.org*! Stellt euch schützend vor die Bäume und die Menschen, die auf den Bäumen leben! Jetzt! Mit Ressourcenschutz und -gerechtigkeit hin zu einer neuen Zeit für Alle! Weltweit! Wir können, wenn wir wirklich wollen, die Interessen des Kapitals hinter die Interessen der Allgemeinheit und der Natur (wir sind Teil dieser) stellen! *Dr. SORGSAM*

Barnimer Energiewende

Bürger-Energiegenossenschaft gegründet

Elf Gründungsmitglieder setzten Anfang September in der THINKFARM in Eberswalde (Puschkinstraße 15) ihre Unterschrift unter die Gründungssatzung der *»Barnimer Energiewende eG«*. Damit vollzogen sie den ersten formalen Schritt zur Gründung der Bürger-Energiegenossenschaft. Nach erfolgreicher Prüfung der Gründungsdokumente durch einen genossenschaftlichen Prüfverband kann die Genossenschaft ins amtliche Genossenschaftsregister eingetragen werden und erlangt dann ihre volle Rechtsfähigkeit.

Ziel der Barnimer Energiewende eG ist es, die Energiewende im Barnim durch Projekte im Bereich der Erneuerbaren Energien voranzutreiben und dabei möglichst viele Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen. Die Mindesteinlage für Mitglieder wurde daher auf nur 250 Euro festgelegt. Die Bürger-Energiegenossenschaft strebt u.a. eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Kreiswerken Barnim an und möchte mithelfen, die dort geplante Bürgerbeteiligung bei Energieprojekten umzusetzen.

In der Gründungsversammlung bestimmten die Anwesenden den ersten Aufsichtsrat und die Mitglieder des Gründungsvorstands. Letzterem gehören MADLEN HANEY, SVEN GUMBRECHT, THORSTEN KLEINTEICH und FABIAN RÖSCH an. In Kürze wird die Genossenschaft zu einer Informationsveranstaltung einladen, um die Genossenschaftsidee vorzustellen und weitere Interessenten zu gewinnen.

Für den Vorstand: MADLEN HANEY und THORSTEN KLEINTEICH

Neue Energiegenossenschaft erhält Geld vom Kreis

Eberswalde (bbp). Um die Gründung der Bürger-Energiegenossenschaft *»Barnimer Energiewende eG«* zu fördern, stellt der Landkreis Barnim einen Gründungszuschuß in Höhe von 45.000 Euro zur Verfügung. Das hat der Kreistag Barnim auf seiner Sitzung am 12. September auf Antrag der Fraktion Grüne/Bündnis 90 beschlossen. Der Zuschuß wird als Anschubfinanzierung zur Deckung der in den ersten zwei Gründungsjahren anfallenden Verwaltungs- und Organisationskosten verwendet und ist nicht rückzahlbar.

FOTO: BARNIMER ENERGIEWENDE EG

Das Gründungsteam der Bürger-Genossenschaft BARNIMER ENERGIEWENDE eG (v.l.n.r.): Peter Zacharias, Frieder Mundt, Frank Haney, Madlen Haney, Fabian Wulf, Thorsten Kleinteich, Prof. Heike Walk, Dr. Gert Adler, Jens Lemme, Fabian Rösch, Sven Gumbrecht.

Ein Parkhaus für **Fahrräder**

Eberswalde (bbp). Die Fraktionen von CDU und DIE SPD haben eine Vorlage zum Bau eines Fahrradparkhauses im Bahnhofsbereich in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Die Stadtverwaltung soll die weiteren Schritte zur Vorbereitung veranlassen und die erforderlichen finanziellen Mittel für den Bau in die Haushaltsplanung für 2019/2020 einzustellen bzw. Fördermittel zu akquirieren. Das Fahrradparkhaus soll – soweit technologisch möglich – in Holzbauweise errichtet werden.

»Der Bedarf an Fahrradabstellanlagen im Bahnhofsbereich« heißt es in der Begründung, *»ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Das derzeitige Angebot liegt bei 354 Stellplätze für Fahrräder. Auf Grundlage des perspektivischen Fahrgastaufkommens erhöht sich der Bedarf auf etwa 650 Fahrrad-Stellplätze. Da in Bahnhofsnähe nicht mehr ausreichend Flächen zur Verfügung stehen, ist der Bau eines Fahrradparkhauses dringend erforderlich.«*

In der Stadtverwaltung rennen die beiden Fraktionen damit offene Türen ein. Wie die Baudezernentin Anne Fellner im Juli gegenüber der Bürgerinitiative *»Radwege in Eberswalde«* mitteilte, laufen die verwaltungsinternen Planungen längst. Die ursprünglichen Ideen, ein gemeinsames Parkhaus für Autos und Fahrräder zu bauen, dafür hätte es Fördermittel gegeben, wurden wegen des Stellplatzangebot eines privaten Anbieters auf dem benachbarten RAW-Gelände ad acta gelegt. Nun soll es ein separates Fahrradparkhaus geben, das auf dem Grundstück neben dem Busbahnhof errichtet werden soll. Dort befindet sich bereits eine Fahrradstellplatzanlage der GLG.

Dr. Ursula Hoppe Sozialpreis vergeben

Eberswalde (bbp). Bereits zum 9. Mal wird in diesem Jahr der Dr. Ursula Hoppe Sozialpreis verliehen. Vergeben wird der Preis von der Fraktion DIE SPD in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde *»für beispielhaftes Handeln im sozialen Bereich, das – oft unbemerkt von der Öffentlichkeit – im Dienste des Menschen und zum Wohle der Gemeinschaft in der Stadt Eberswalde erbracht wird«*. Die Auszeichnung ist mit 400 Euro dotiert. Als persönliche Anerkennung wird außerdem eine Urkunde verliehen.

Der diesjährige Preis geht an Doreen Hellwig, die in der Kita *»Haus der fröhlichen Kinder«* seit nunmehr 14 Jahren ehrenamtlich tätig ist. Der Dr. Ursula Hoppe Sozialpreis 2018 wird am 24. September, um 17 Uhr im *»Haus der fröhlichen Kinder«* (A.-v.-Humboldt-Str. 61 in Eberswalde) an die Preisträgerin übergeben.

Destruktive *Linke schadet Bernau*

Parteiinteressen werden über Stadtinteressen gestellt

Mit Sorge hat die Fraktion BVB/Freie Wähler das destruktive Verhalten der Linksfraktion in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung (StVV) zur Kenntnis genommen. Dieses fand ihren bisherigen Höhepunkt in der StVV-Sitzung am 6. September.

Entgegen den Empfehlungen von Ortsbeiräten und zahlreichen betroffenen Bürgern wurden auf Betreiben der Linken Anträge von BVB/Freie Wähler ohne erkennbare Begründung abgelehnt. Dabei handelte es sich um Anträge, die sogar die Unterstützung der Stadtverwaltung hatten.

So schlug die Fraktion BVB/Freie Wähler etwa vor, in der Straße An der Plantage in Ladeburg verkehrssichernde Maßnahmen zur Einhaltung der Tempo-30-Regel zu ergreifen. Dabei ging es um die Sensibilisierung der Anwohner der kinderreichen Straße, das Aufbringen eines Piktogramms und das Umsetzen des Tempo-30-Schildes zur Sicherstellung einer besseren Sichtbarkeit. Obwohl nahezu einhellige Zustimmung aus dem Ortsteil Ladeburg vorlag, erklärten die Linken, daß die Maßnahmen nicht erforderlich seien, Ladeburg sei ein Dorf, man könne sich untereinander in Gesprächen bei Sitzungen des Ortsbeirates informieren. Alle von unserer Fraktion vorgeschlagenen Maßnahmen wurden vorab mit der Straßenverkehrsbehörde abgestimmt und wären kostengünstig realisierbar. Dennoch gab es mit 13 Ja- zu 13-Nein-Stimmen nur Stimmengleichheit und wurde somit abgelehnt.

Des weiteren beantragte unsere Fraktion, den Zustand der städtischen Grünpflege zu analysieren. Aufgrund zahlreicher Bürgerbeschwerden im Maerker-Portal meinen wir, daß es einer Aufstockung im Bauhof bedarf. Ausdrücklich sah die Vorlage vor, zusätzliche Kräfte einzustellen, zumal Fremdfirmen immer seltener gewillt sind, die Leistung zu erbringen. Obwohl selbst Bürgermeister Stahl für unseren Antrag stimmte, votierte die Linksfraktion geschlossen dagegen, mit der Folge, daß der Antrag bei 12 Ja- zu 12-Nein-Stimmen ebenfalls abgelehnt wurde. Es gab seitens der Linken nicht einmal eine Wortmeldung oder Positionierung zu dieser Vorlage.

Wie uns bekannt ist, gab es zu Jahresbeginn eine interne Fraktionssitzung der Linken, in der festgelegt wurde, daß sämtliche Anträge von BVB/Freie Wähler abzulehnen seien, unabhängig von deren Nutzen und Inhalt. Wir sind enttäuscht und besorgt, daß die Linken in derart destruktiver Weise ihre Parteiinteressen vor den Nutzen der Stadt stellen. Wir fordern von der noch stärksten Fraktion der Bernauer Stadtverordnetenversammlung, sich konstruktiv zum Wohle der Bürger zu verhalten.

PÉTER VIDA

Kehrtwende bei Windkraft

Die am 4. September vorgestellte Bundesratsinitiative der Brandenburger Landesregierung in Sachen Windkraft stellt die wortgleiche Umsetzung einer jahrelangen Forderung von BVB/Freie Wähler dar. Mehrfach haben wir die Abschaffung der Privilegierung von Windkraftanlagen im Außenbereich im Landtag beantragt und entsprechende Bundesratsinitiativen zur Änderung des Baugesetzbuches vorgeschlagen. Bis letztes Jahr wurde dies noch alles zurückgewiesen und von Rot-Rot abgelehnt. Doch jetzt vollzieht die Landesregierung eine Kehrtwende und übernimmt die von BVB/Freie Wähler im Verbund mit vielen lokalen Bürgerinitiativen aufgestellte Forderung.

Zugleich ist festzuhalten, daß die Landesregierung durch ihre immer wieder erfolgte Ablehnung unserer entsprechenden Anträge mitverantwortlich dafür ist, daß in dieser Wahlperiode über 500 weitere (immer größere) Windräder in Brandenburg errichtet werden konnten, die Dörfer bedrängen und zur Strompreisteuerung beitragen.

Deswegen fordern wir über die Bundesratsinitiative hinaus, daß bis zum Abschluß des Verfahrens ein Moratorium verhängt wird, um somit Mitnahmeeffekte durch schnelle Anträge auf Errichtung weiterer Windräder zu verhindern. Zugleich müssen für die bereits errichteten Windräder strenge Schallprüfungen durchgeführt werden, um die Emissionsschutzwerte konsequent durchzusetzen.

Diese gewichtige Veränderung der Landespolitik zeigt, es lohnt sich, hartnäckig für Prinzipien einzustehen.

PÉTER VIDA, MdL BVB/Freie Wähler

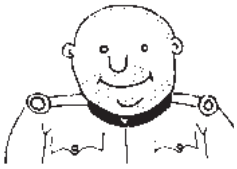
Kulturhaus Heidekrug 2.0:
1.300 Unterstützer

Trotz großartiger Unterstützung aus der Region und dem gesamten Bundesgebiet geht der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. beim Publikumspreis zum Deutschen Nachbarschaftspreis 2018 leer aus. Der Verein landete auf dem 5. Platz, hinter vier Initiativen aus Großstädten (Berlin, Hamburg, Münster) bzw. Ballungsgebieten (Ruhrgebiet). Setzt man die erreichte Stimmenzahl ins Verhältnis zur lokalen Bevölkerung, ist der Heidekrug klarer Sieger. Mehr als 1.300 Menschen haben uns ihre Stimme gegeben, wofür wir allen von Herzen danken. Es ist ein gutes Gefühl, so viel Rückhalt für die ehrenamtliche Kulturarbeit zu erfahren, die wir hier seit acht Jahren machen.

Zum Landessieger des Landes Brandeburg wurde von der unabhängigen Jury der Bauspielplatz *»Wilde Blüte«* in Neuruppin bestimmt. Der Heidekrug-Verein gratuliert. Wir sind natürlich etwas enttäuscht, daß wir nichts bekommen haben, gönnen den anderen aber selbstverständlich ihren Erfolg. Unser Verein wird seine Arbeit mit unverminderter Energie fortsetzen.

GISBERT AMM

»Auf nach Kabul!«



Schweyk verwahrt sich gegen den Mißbrauch seines Schlachtrufs

Es gibt doch noch was Neues vom Schweyk. Kaum zu glauben. Ich hatte schon befürchtet, es hätte ihm endgültig die Sprache verschlagen. Gewundert hätte es mich nicht. Sind ja finstere Zeiten – sagt HARTMUT LINDNER, dem kürzlich erneut Aufzeichnungen des Amtes für Gesprächsaufzeichnung (AGA) zugespielt wurden. Er hat das aufgezeichnete Gespräch zwischen Schweyk und einer bekannten TAZ-Redakteurin wiederum in mühevoller Kleinarbeit dekodiert und er verbürgt sich auch für die Authentizität des Gesagten:

»Gratuliere, Herr Schweyk«, begrüßt die TAZ-Redakteurin Weltkriegsveteran. *»Sie haben es mal wieder geschafft, Ihr Wort in aller Munde! `Auf, nach Kabul!`, das ist das Motto des neuen Innenministers, wenn schon nicht für die ganze Legislatur, wer weiß, wie lange er es noch macht, aber für seine Geburtstagsfeier war Ihr Schlachtruf doch sehr passend. `Auf, nach Kabul` und das 69mal für den 69jährigen Jubiliar!*

Sagen Sie, das würd mich interessieren, hat er denn Sie, den spiritus rector dieses genialen Schlachtrufes, wenigsten zu seiner Geburtstagssause eingeladen? Wie war es, was habe Sie gefühlt beim Handshake mit Seehofer, als er Ihnen freudestrahlend erzählt hat, daß man zu seinen Ehren, an seinem Neunundsechzigsten, ohne langes Fackeln, neunundsechzig Afghanen nach Kabul abgeschoben hat?«

»Das ist ein grobes Mißverständnis, Gnädigste, es gab keine Einladung und kein Handshake mit Seehofer zu dessen 69. Und was die Abschiebungen nach Afghanistan und anderswohin angeht, da beschleichen mich als Tschechen doch sehr ambivalente Gefühle, da seh ich mich plötzlich als geduldeten Ausländer, als Objekt der Fremdenpolizei, wie man früher gesagt hat.

Ich sags Ihnen frei heraus, ich seh bei diesem Thema keinen Raum für launige Bemerkungen oder grobe Späße, wie Sie sie im Sinn haben. Da bin ich, Sie werden es nicht glauben, eine echte Spaßbremse. Das Thema ist einfach zu ernst und gegen den behördlichen Mißbrauch meines Schlachtrufs möcht ich mich ausdrücklich verwahren.

Als ich seinerzeit gerufen hab *`Auf, nach Kabul!`* da waren wir auf dem besten Weg, die Feinde, Al Quaida und die Taliban, wo sie beherbergt haben, zu dreschen und da ging es darum mit den Amerikanern solidarisch zu sein. Wenn heut ein Mitarbeiter der Ausländerbehörde zu einem Afghanen sagt: *`Auf, nach Kabul!`*, dann ist das gleichbedeutend mit der Auslieferung des Afghanen an seine und unsere Feinde, die Taliban. Im Klartext heißt das, *`Auf, nach Kabul, damit sie dich dort ordentlich dreschen!`* Da spiel ich nicht mehr mit, das ist kein Spaß, das ist blutiger Ernst.

Sehen Sie, neulich war ich beim Verwaltungsgericht in Berlin und hab mir die Verhandlung über die Klage eines Afghanen gegen das BAMF, das seinen Antrag auf Asyl abgelehnt hatte, angeschaut. Es ging um einen jungen Mann, einen Hazara aus einem entlegenen Tal, der, weil er die Ziegen hüten mußte, keine Schule besuchen konnte und deshalb auch nur sehr schlecht Farsi und noch viel schlechter Paschtun gesprochen hat, was sein Übersetzer gleich der Richterin erklärt hat, weil da schon Kommunikationsprobleme absehbar waren.

Als die ISAF-Truppen ins Tal kamen, nachdem die Talibanherrschaft gestürzt war, erzählte er, da schickten ihn seine Eltern in das ISAF-Camp, damit er dort eine Arbeit annehme. Die ISAF brachte Jobs und Geld. Der junge Mann schaffte es also vom Hirtenjungen zum Küchenjungen bei den ISAF, das war ein sozialer Aufstieg, weil die ISAF die Löhne pünktlich und bar auszahlte. Die Hazara hatten keine Berührungsängste gegenüber den ISAF, denn sie waren Schiiten und haßten die Taliban, die sunnitischen Glaubenskämpfer paschtunischer Stammeszugehörigkeit.

Unser Küchenjunge ließ sich nach zwei Jahren von den ISAF als Bauarbeiter anwerben, denn Bauarbeiter verdienen mehr als Küchenjungen. Es sollte ein Flugfeld gebaut werden. Aber inzwischen hatten sich die Taliban von ihrer Niederlage erholt und waren in das Tal der Hazara eingedrungen.

Da schnappten sie sich eines Abends die Arbeiter des ISAF-Stützpunkts, als die auf dem Heimweg waren, und erteilten ihnen eine Lektion. Auch unserem ehemaligen Hirtenjungen. Sie schlugen ihn, nahmen ihm sein Geld und drohten ihm Schlimmeres an, wenn er weiter mit den ISAF zusammenarbeiten würde und weil er, wenn auch nur schlecht Paschtun sprach, aber diese Sprache doch ganz gut verstand, bezichtigten sie ihn der Spionage für die ISAF und schlugen ihn grün und blau. Unser Junge hatte Angst und floh in den Iran und schließlich nach Berlin. Aber die BAMF-Leute glaubten ihm seine Geschichte nicht und fragten nach Beweisen. Ja, wie soll er das beweisen?

Die Taliban stellen keine Bescheinigungen über ihre Strafmaßnahmen aus. Die blauen Flecken waren inzwischen auch verheilt. Es war ein weiter und langer Weg über den Iran nach Berlin. Der junge Mann war mehrere Jahre unterwegs gewesen und jetzt in Beweisnot, wie es im Juristendeutsch heißt. Das Verwaltungsgericht in Berlin hat keinen Zugriff auf die Personalakten der ISAF, jedenfalls jetzt noch nicht. In 50 Jahren mag das anders aussehen, da lagern die Akten vielleicht im Bundesarchiv oder bei der Nato in Brüssel. Ja, wer zu früh kommt, kann halt nichts beweisen und da sieht es mit der Aufenthaltserlaubnis nicht gut aus, auch nicht mit der Duldung, falls Sie wissen, was das heißt.

Das Tal, aus dem der Junge geflohen war, mag unsicher sein, aber Afghanistan gilt als sicheres Herkunftsland, da hat der junge Mann nichts zu befürchten, wenn er auch nicht unbedingt in sein Tal zurückkehren kann, und so sieht es eben auch das BAMF und so manches Gericht und schon erschallt der Ruf: *´Auf, nach Kabul!`*

Wissens, das geht den Leuten so leicht über die Lippen, die Forderung nach der Abschiebung zunächst der kriminellen Ausländer und Flüchtlinge. Nun, ich bin zwar nicht vorbestraft, aber legal war der Hundehandel, wo ich in Prag betrieben hab, auch nicht, das ist ja bekannt, das könnens beim Hasek und auch beim Brecht nachlesen. Der arme Spitz, wo hat dran glauben müssen, weil der Fahndungsdruck zu stark war und der Baloun so einen mörderischen Hunger gehabt hat, daß er schon bereit war, zu den Deutschen zu gehen und sich anwerben zu lassen für deren Feldzug gegen Rußland. Der brauchte unbedingt a Stickl Gebratenes oder eine gute Portion Gulasch, sonst hätt er uns den Eid, sich nicht anwerben zulassen von die Deutschen, nicht geschworen.

Kurz, wenn ich das hör, Abschiebung von kriminellen Ausländern, dann fühl ich mich schon irgendwie angesprochen, obwohl das ja alles verjährt ist. Sind ja sehr belesen eure Staatsanwälte und wissen Bescheid über den Schweyk. Aber der § 78, Absatz 3, StGB, der Verjährungsparagraph, schützt mich vor der Strafverfolgung, soweit es die alten Geschichten betrifft und als EU-Bürger genieße ich natürlich die Freizügigkeit im EU-europäischen Raum.

Nun ist das mit euren Behörden ja so eine Sache, normalerweise, sagt man, arbeiten sie doch zuverlässig und achten Recht und Gesetz. Nur bei der Handhabung des Asylrechts und bei den Abschiebungen, da hapert es. Da sind sie oft schneller als die Polizei, also die Gerichte, es erlauben. Der Nasibullah S. dem sie zum 69. von Seehofer so beherzt *`Auf, nach Kabul!`* zugerufen haben, mußte schon wieder zurückgeholt werden, weil die Richter sich den Fall doch gründlicher ansehen und noch mal mit ihm durchsprechen wollten.

Und den andern Tag les ich in der Zeitung von fünf weiteren Fällen illegaler Abschiebungen allein in diesem Jahr. Das hat das Innenministerium auf eine Anfrage einer grünen Abgeordneten* hin bekannt gegeben. Hoffentlich haben sie sich nicht verzählt oder den einen und den anderen doch übersehen?

Es raubt mir zwar nicht den Schlaf, das wär übertrieben, aber beunruhigend ist das schon.

Nun, ich als Tscheche bin ja ein privilegierter Ausländer. Wenn sie mich rechtswidrig greifen, dann heißt es nicht: *`Auf, nach Kabul!`*, sondern: *`Zurück, nach Prag!`*, dann geht's in den Kelch, noch vorm Freitag nachm Krieg um sechs in Prag.

*Anfrage von Margarete Bause, MdB, Grüne, MOZ, 18/19.8.2018
Grafik: Kerstin Gast

Abendessen in Biesenthal:

Unter der Eiche

Es findet eine dramatische politische Verschiebung statt: Rassismus und Menschenverachtung werden gesellschaftsfähig. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, ist kurz darauf Realität. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt. Die Folgen spüren zuerst *»die Anderen«*. Rassistische Beleidigungen, Anfeindungen und Übergriffe in Biesenthal nehmen zu. Wir treten für eine offene und solidarische Gesellschaft ein, in der Menschenrechte unteilbar, in der vielfältige und selbstbestimmte Lebensentwürfe selbstverständlich sind.

Mitten in Biesenthal: Wir laden am 20.9. um 18 Uhr zum gemeinsamen Abendbrot ein. Bringt euer Essen mit, teilt was euch schmeckt, probiert was andere mögen. Geschirr, Tische, Bänke sind vorhanden – mit Musik.

Willkommensinitiative Biesenthal, Kultur im Bahnhof e.V., Ev. Kirchengemeinde, Lokale Agenda 21, Wukania Projektehof

Öffnungszeiten Lyrikhaus

Nachdem ich mehr als zwei Jahre lang fast jedes Wochenende durchgearbeitet habe, sehe ich mich gezwungen, die Öffnungszeiten zugunsten meiner Gesundheit und Familie etwas zu reduzieren. Ab September 2018 hat das Lyrikhaus bis auf weiteres nur noch freitags und samstags geöffnet, jeweils von 13 bis 18 Uhr. An ausgewählten Sonntagen im Winterhalbjahr wird es nach wie vor Lesungen geben.

GISBERT AMM

Lyrikhaus, Glockenstraße 23, 16247 Joachimsthal

Herbsteskommen

Am Sonntag, dem **23. September** kommt **Frank Viehweg** mit seinen **Fürnberg-Vertonungen** ins **Lyrikhaus**. Siebzehn Gedichte aus dem umfangreichen Werk von Louis Fürnberg hat Viehweg in Töne gesetzt. Das Thema Herbst, als Jahreszeit und Herbst des Lebens, hat sich dabei von selbst ergeben. Fürnbergs Frau Lotte schrieb, er habe den Herbst ganz besonders geliebt.

Entdecken Sie einen Dichter (wieder), dessen Angehörige im Holocaust umkamen, der in den Lagern der Nazis gefoltert wurde, der trotzdem den Glauben an das Gute im Menschen nicht aufgab und mit 48 Jahren, von den eigenen Genossen kaputtgespielt, durch einen Herzinfarkt starb. Er hat es verdient, nicht nur als Dichter des *»Liedes der Partei«* in Erinnerung zu bleiben. Hans Mayer schrieb 2001, mit Bezug auf diesen Text: *»Ein Gedicht aus der Feder des liebenswerten Louis Fürnberg aus Böhmen, eines Juden, der ein begabter Dichter war und ein demokratischer Sozialist, der immer wieder versuchte, wider seine bessere Überzeugung, aus sich einen orthodoxen Stalinisten zu machen. Ohne Erfolg.«* Der Eintritt beträgt 10 Euro. Es gibt Kaffee und Kuchen.

 # Wir sind **mehr!**

Für Solidarität statt Ausgrenzung!

Bernau (bbp). Unter dem Motto *»Aufstehen gegen Haß und Hetze!«* fand am 15. September um 14 Uhr auf dem Bahnhofsvorplatz in Bernau ein Friedensfest statt. Eingeladen hatte das Bernauer Netzwerk für Weltoffenheit Bernau. *»Wir wollen nicht denen unsere Straßen und Plätze überlassen«*, sagte Margot Ziemann vom Netzwerk, *»die immer wieder zu Haß und Gewalt aufrufen. Wir stehen für Menschlichkeit, Solidarität und Toleranz.«*

Die Veranstalter wollten ein Fest der Freundlichkeit und hatten die Gäste aufgerufen, mit Ideenreichtum, Musik, Liedern, Texten, Tänzen und Transparenten für ein buntes Programm und spannende Begegnungen zu sorgen.

Am gleichen Tag und Ort, allerdings zwei Stunden später, hatte der AfD-Kreisverband Barnim unter dem Motto *»Merkel muß weg – für unsere Zukunft und unsere Kinder«* zu einer Kundgebung aufgerufen. Die AfD demonstrierte *»gegen eine Politik ..., die Deutschland abschaffen will und unseren Kindern und Enkeln die Zukunft nimmt«* und beschworen einen nicht näher definierten *»Patriotismus«*.

Schon am 26. August fanden ähnliche Demos in Eberswalde statt. Hier hatte eine unter dem Namen *»Heimatliebe Brandenburg«* firmierende AfD-nahe Gruppe auf dem Bahnhofsvorplatz zu einer Demo aufgerufen. Rund 200 *»besorgte Bürger«* und *»Kameraden«* kamen. Auf der anderen Seite des Platzes gab es zeitgleich eine Gegenkundgebung eines breiten Eberswalder Bündnisses mit 350 Teilnehmern.

Wandertips

von *BERND MÜLLER*

Die Oder bei Bienenwerder und Zollbrücke

Sonntag, 23. September, 8 km.

Wanderung zur Eisenbahnbrücke Bienenwerder mit Picknick. Zurück über die Oderwiesen. Tourleiterin Manuela Grundmann.

Treff: 10.30 Uhr, Theater am Rand, Zollbrücke 16, 16259 Oderaue

Das Hochmoor am Teufelsauge

Sonntag, 30. September, Tageswanderung 16 km

Wanderleiter Volker Nagel führt auf den Insel Wanderweg. Gestartet wird in Schiffmühle. Wir passieren ein Hochmoor mit Wollgras und Seggen. Weiter werden die Ortsteile Hohes Holz und Bergkolonie passiert. Eine Besonderheit, die hier anzutreffen ist, sind alte überdachte Ziehbrunnen, welche von den Einwohnern zum Teil noch genutzt werden. Vorbei am Granitberg (75,7 m) und Schlangenpfuhl erreichen wir die Gabower Hangkante mit tollen Fernsichten.

Die Wanderung führt durch einen Pappel- und Kiefernwald und passiert nun Altglietzen. Wir umrunden zum Teil den kleinen Krebssee und passieren Offenlanschaft bis Neuenhagen. Am Schloß Uchtenhagen legen wir eine Kaffeerast ein. Anschließend passieren wir die Kiesgruben und erreichen Bralitz. Vorbei an Schleipfuhl und anderen Gewässern erreichen wir Regina und wieder Schiffmühle.

Treff: 13.30 Uhr, Fontanehaus, Schiffmühle 3, 16259 Bad Freienwalde

Pilzspaziergang

Sonntag, 7. Oktober, Sonntag, Pilzspaziergang mit Apotheker Peter Stegemann (3km)

Peter Stegemann ist bereits seit 1968 Pilzsachverständiger in der Region um Bad Freienwalde und weiß gut über die gefährlichen und harmlosen einheimischen Pilze Bescheid. Die NaturFreunde freuen sich, mit ihm einen der wenigen Experten im Land Brandenburg für einen sicher sehr interessanten Pilzspaziergang gewonnen zu haben und laden alle Interessenten herzlich dazu ein. In den sehr abwechslungsreichen Sonnenburger Forst führt der Pilzspaziergang die Teilnehmer und Peter Stegemann wird mit Rat zur Verfügung stehen. Beim Kaffeetrinken in der Köhlerei kann weiter gefachsimpelt werden.

Treff: 13:30 Uhr, Köhlereiparkplatz, Sonnenburger Strasse 3c, 16259 Bad Freienwalde

Vorschau:

13.10.: Grumsiner Forst (6-8 km)
21.10.: Zum Dorf der Steinschläger (10 km)
28.10.: Bötzseerundwanderung (10 km)
Weitere Infos: www.berg-frei.de

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Ausstellung: Holz 14

Nach dem erfolgreichen Kunst- und Krempel-Markt in der Zainhammermühle am 16. September findet am 22. September um 14.30 Uhr die Vernissage unserer 125. Ausstellung *»Holz 14«* statt. Gezeigt werden Werke der Gruppe Holzgestaltung – Holzwürmer – der Zainhammermühle. Mit dieser Ausstellung geht der Sommer in der Mühle zu Ende.

ECKHARD GROLL

12. Skat- und Romméabend

Am Samstag, den 13. Oktober, veranstaltet der SPD Ortsverein Finow ab 15 Uhr seinen 12. Preisskat- und Romméabend. Die Veranstaltung ist wie alle SPD Veranstaltungen, öffentlich. Alle Teilnehmer erhalten einen Preis.

Ort: AWO Pflegeheim *»Im Wolfwinkel«* im Brandenburgischen Viertel, Eingang Frankfurter Allee (Parkplatz ist vorhanden). Einlaß ist ab 14.30 Uhr, Spielbeginn um 15 Uhr. Die Sieger werden voraussichtlich etwa 22 Uhr feststehen. Die Startgebühr beträgt 10 € pro Person. Anmeldungen mit Zahlung der Startgebühr sowie der Angabe ob Skat oder Rommé und der Kontaktdaten bitte bis 3. Oktober (Ringo Wrase, Eberswalder Straße 70, 16227 Eberswalde, Tel. 0162/8917079, eMail: ringowrase@alice.de, www.spd-finow.de). Am 4. Oktober beginnen wir mit dem Einkauf der Preise.

Die Versorgung mit Essen und Trinken übernimmt wieder die AWO.

RINGO WRASE, SPD Ortsverein Finow

Kommunales Kino im Heidekrug Joachimsthal

»Träume der Lausitz« und »Über Leben in Demmin«

Am Freitag, dem 21. September, um 19.30 Uhr zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 Joachimsthal den Dokumentarfilm *»Träume der Lausitz«* von Bernhard Sallmann.

Der die Region bestimmende Braunkohleabbau wurde vielerorts als unrentabel eingestellt. Unaufhaltsam erobern sich heimische Wölfe und viele Exoten der internationalen Fauna und Flora neue Lebensräume. Die Natur eignet sich rasch an, was der Mensch gerade erst verlassen hat. Aber einige Menschen sind geblieben, harren aus wie Siedler. Sie tauchen im Film als Erzähler ihrer teils skurrilen Geschichten auf. Wir erleben sie hautnah, wie sie mit Phantasie und Engagement versuchen, ihrer geschundenen Landschaft ein wiederbewohnbares Stück Erde abzutrotzen. Im Anschluß an den Film Gespräch mit dem Regisseur. Mit Unterstützung durch Edition Salzgeber.

Eine Woche später, am 28. September, ist im kommunalen Kino der Dokumentarfilm *»Über Leben in Demmin«* (Deutschland 2017) zu sehen. An jedem 8. Mai wird die Stadt Demmin in Mecklenburg-Vorpommern zum Schauplatz eines gespenstischen Rituals. Mit einem *»Trauermarsch«* instrumentalisieren die Rechtsradikalen die Erinnerung an eine Tragödie, die sich in den letzten Kriegstagen hier ereignet hat. Aus Angst vor der Roten Armee nahmen sich hunderte Einwohner das Leben. Martin Farkas geht differenziert den verborgenen Folgen der Traumatisierung nach. Viele seiner Zeitzeugen sprechen zum ersten Mal über ihre schrecklichen Erinnerungen. Zu Wort kommen auch Menschen, die sich aktiv für Versöhnung einsetzen. So wird die Stadt zu einem Sinnbild für das schwere Erbe der Geschichte und den Umgang damit (Länge: 90 Minuten, FSK: 12).

Beide Kinoabende beginnen um 19.30 Uhr und der Eintritt beträgt jeweils 6 Euro.

Weitere Informationen zu den Filmen unter www.heidekrug.org.

GISBERT AMM

Anzeige

Rentensprechstunde

»Brandenburgische Rentnerinitiative«

Rentenempfänger können einmal im Monat Fragen zu ihren Rentenbescheiden klären. Der Arbeitskreis *»Brandenburgische Rentnerinitiative«* gibt Hilfestellung beim Lesen der Bescheide und Formulieren von Widersprüchen.
Der nächste Termin ist am Mittwoch, 10. Oktober, 10 bis 12 Uhr im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- ❑ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- ❑ Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ❑ ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
  Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- ❑ Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- ❑ Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: ❑ per Bankeinzug ❑ per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

❑ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: *Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde*
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
internet: www.barnimer-buergerpost.de
redaktion: Gerd Markmann
druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088
redaktionsschluß: 12. September 2018

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODEBB. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 10. Oktober 2018.